



Informationen für die Bildungs- und Berufsberatung

Ausgabe Nr. 18 vom 5. Oktober 2006
Die iBB im Internet: www.Kohnpage.de/iBB

Wir reden viel von Beratung, aber kürzen systematisch die Mittel

von Rita Süßmuth



Rita Süßmuth bei ihrer Rede im Berliner Bundespresseamt
Foto: Kohn

Inhalt

Wir reden viel von Beratung, aber kürzen systematisch die Mittel	1
15. Shell Jugendstudie: Jugend 2006 – Eine pragmatische Generation unter Druck	8
Neues Selbstlernmedium für den Weg vom zwei- zum dreijährigen Berufsabschluss im Einzelhandel	14
Projekt „Barrierefrei kommunizieren“ hilft bei der Suche behinderungskompensierender Techniken und Technologien für Computer und Internet	15
Vom Abhandenkommen beruflicher Beratung und mikroökonomisch inspirierten Zahlenkonstruktionen	16
Menschen mit Migrationshintergrund - Was macht eigentlich die BA?	24
Programm zur Einstiegsqualifizierung Jugendlicher wird verlängert	25
Positionspapier der Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit zum Jugendwohnen	26
Berliner Rede von Bundespräsident Horst Köhler in der Kepler-Oberschule in Berlin-Neukölln	30
OECD-Bericht "Bildung auf einen Blick 2006" vorgestellt	39
Vereinbarkeit von Beruf und Familie: Gleitzeit und Co. helfen oft nicht	42
Wie sehen unversorgte Ausbildungsstellenbewerber ihre ergriffenen Alternativen?	44
Die Bildungstatistik tröstet nicht über die PISA- Misere hinweg: Deutschland wird dümmere	46
Veranstaltungshinweise	47
Impressum	51

Der folgende Text präsentiert die wortgetreue Abschrift der Eröffnungsrede von Bundestagspräsidentin a.D. Rita Süßmuth bei der politischen Anhörung des Deutschen Verbands für Bildungs- und Berufsberatung zur Frage „Wer garantiert professionell Berufsberatung für die Zukunft in Deutschland?“ Die iBB hatten die vorab eingereichten Redeentwürfe parallel zur Veranstaltung in einer Sonderausgabe dokumentiert. Die Rede von Frau Süßmuth wich aber sehr stark vom ursprünglichen Textentwurf ab – und nannte einige Dinge noch sehr viel deutlicher beim Namen. Der Text ist der Dokumentation zur Anhörung des dvb entnommen, die in diesen Tagen erschienen ist und auf der Veranstaltungsseite abgerufen werden kann:

www.dvb-Fachverband.de/Anhoerung/Dokumentation.pdf.

Meine sehr verehrten Anwesenden, vor allem auch ein besonderer Gruß an die Initiatoren und Initiatorinnen dieser Anhörung.

Ich sage jetzt kurz, warum es mir wichtig ist, mich in einer Art Grußbotschaft an Sie zu wenden:

Weil ich dieses Thema für einen Bereich von zentraler Bedeutung halte und Ihnen im größeren Kontext sage: Ich stelle in der Bundesrepublik fest, dass wir zwar viel von Beratung reden, aber sie systematisch verkürzen und die Mittel kürzen,

(Applaus)

und das kann nicht der richtige Weg sein, um den wachsenden Herausforderungen gerecht zu werden. Ich will im Folgenden im Sektor der Berufsberatung bleiben, aber es gibt auch viele andere Bereiche der Lebensberatung, in denen Sie vergleichsweise ähnliche Tendenzen finden.

Und aus den Bereichen in denen ich nun viele Jahre arbeite und mit Herrn Kohn zusammen

gearbeitet habe: Am Übergang zwischen Schule und Beruf reden alle davon, dass Beratung fehlt. Aber man ist der Auffassung, Vermittlung in Ausbildung ist wichtiger, als die Orientierung und die Beratung zur richtigen Berufswahl.

(Applaus)

Und das ist nicht nur einfach ein Kürzungsfehler, sondern auch ein konzeptioneller Fehler.

(Applaus)

Wenn ich aus dem Migrationsbereich Ihnen sage – und das gilt weltweit insbesondere auch für Deutschland – dann verkürzen wir im Augenblick unsere Integrationsdiskussion in einer Weise, von der ich sagen muss: Ihr werdet in ein oder zwei Jahren wieder hier sitzen und vom großen Scheitern reden. Wir reden ja immer schon vom Scheitern bevor wir überhaupt angefangen haben, aber das beiseite, das muss ich Ihnen sagen: Bildung und Arbeit sind die entscheidenden Voraussetzungen für Integration!

Nach meinem Integrationsverständnis betrifft das alle in einer Gesellschaft Lebenden. Wenn ich die politische Diskussion verfolge, habe ich den Eindruck, dass Integration nur noch etwas mit Migranten zu tun hat, es betrifft aber alle. Das ist meines Erachtens ein wichtiger Ansatz.

Wir leben in einer Gesellschaft, in der wir einerseits viele Tagungen machen unter dem Begriff Diversity, also betonen, wie wichtig

Verschiedenartigkeit ist. Aber wenn es darum geht, diese Verschiedenartigkeit in der Praxis mit der Frage zu verbinden:

„Was verbindet uns, wo haben wir zu differenzieren?“, dann sagen wir schon bei der Beratung, nein, alle zusammen. Und dies obwohl wir wissen: es gibt darin viel Gemeinsames, aber eben auch einen hohen Individualisie-

Am Übergang zwischen Schule und Beruf reden alle davon, dass Beratung fehlt. Aber man ist der Auffassung, Vermittlung in Ausbildung ist wichtiger, als die Orientierung und die Beratung zur richtigen Berufswahl. Und das ist nicht nur einfach ein Kürzungsfehler, sondern auch ein konzeptioneller Fehler.

rungsbedarf, wie wir ihn auch an unseren Schulen haben.

Das sind die neueren Herausforderungen, auch neue Anforderungen an interkulturelles Lernen, an globales Verstehen von wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen Zusammenhängen.

Deswegen: Einen Berufsberater zu reduzieren nur auf das Feld der Berufe ist zu eng gefasst. Wenn ich nicht weiß, was sind denn die übergreifenden Anforderungen heute an Menschen, kann nachhaltige Beratung nicht gelingen. Und Sie werden darüber ja heute noch mehr Ausführungen hören. Ich finde so sehr wichtig, dass Sie in Ihrer Anhörung heute die Komplexität, die Mehrdimensionalität der Beratungstätigkeit noch einmal aufarbeiten und auch für den politischen Kontext thematisieren.

Zwar muss man sich dann hinterher wieder verständigen, was sind jetzt unsere Hauptforderungen und da werden Sie sehen, es wird sicherlich die Hauptforderung sein, zunächst mal mehr von dem zu erhalten, was im Augenblick kaum erhaltensfähig scheint. Und das muss aber sehr begründet angegangen werden, denn Ausgangspunkt für mich ist, wenn in dieser Studie festgestellt ist unter den obwaltenden Bedingungen sind mehr als 20% unserer jungen Generation nur bedingt ausbildungsfähig, dann kann es nicht sein, dass wir just diesen Bereich dem freien Markt überlassen. Dann spielt darin der Bereich der Beratung eine ganz wesentliche Rolle, und Beratung muss weit früher einsetzen als beim unmittelbaren Übergang von der Schule in den Beruf: Da haben wir ja jetzt eine Reihe von Modellbeispielen, die uns zeigen, wie fruchtbringend das ist.

Und ich füge auch noch einmal hinzu, dass diese Studie das ausdrücklich als eine öffentliche Aufgabe mit Zugang für alle definiert hat, und da sind wir an einer weiteren Konfliktstelle in unserem Bildungssystem:

Wer ist eigentlich verantwortlich für das lebenslange Lernen? Keiner!

Genau das: Die Kommunen sagen, wir allein, wir können das nicht. Der Bund sagt, das ist

Länderaufgabe. Also einer verschiebt es auf den Schreibtisch des anderen, und dadurch ist die gesamte Frage auch zwischen öffentlichen und privaten Trägern, was leistet der Markt und was sind Aufgaben, die öffentlich geleistet werden müssen, nicht abgeklärt.

Und es hat jetzt auch keinen Zweck zu sagen, da ist die Bundesagentur, die will das plötzlich nicht mehr.

Die steht unter erheblichen Zwängen, weil auch ihre Aufgaben umdefiniert werden. Da sagt niemand, sie entfällt völlig - so einen Tabubruch würden wir ja nicht vornehmen, aber wir erleben, dass sie zunehmend reduziert wird.

Und deswegen ist den Gefahren, wenn es noch früh genug sein sollte, jetzt zu wehren, denn wir stecken mittendrin in einem umwälzenden Prozess, wo die Beratung immer wichtiger wird.

Wir werden nicht die Komplexität unseres Lebenszusammenhangs reduzieren und wir können auch nicht behaupten, dass die Politik bei allem, was sie leistet in den letzten Jahren, ob Bund, Länder oder Kommunen, dass sie es transparenter gemacht hat.



Die Auftaktrednerin vor ihrem Beitrag im Gespräch mit dem Fachpublikum der Anhörung.

Foto: Kohn

Ich kann Ihnen aus dem Migrationsbereich sagen, sich in der Bundesrepublik im Vergleich zu Kanada zurechtzufinden, wenn man hier als Migrant oder Migrantin ankommt, ist eine Wahnsinnschwierigkeit. Das fängt an mit unserem komplizierten Bleiberecht und setzt sich fort mit einer komplizierten Behördenzu-

ständigkeit, keinem ganz genauen Wissen, was wird eigentlich vom einzelnen erwartet.

Und nun könnte man ja sagen bei der Beratung: wir haben als Bundesagentur die Berufe doch wunderbar dargestellt! Wir lassen sie an die Computer heran, sie können sich in unseren Agenturen doch bestens informieren.

Ist Ihnen eigentlich klar, beim Leseverständnis und bei fehlender Anschauung dessen, was denn das als konkrete Tätigkeit ausmacht, was die Personen dann lesen und was sie für einen Ertrag damit haben?

Das veranlasst mich zu einer weiteren kritischen Bemerkung. Wir haben ja bestimmte Fieberarten, die wir verfolgen. Eine Fieberart ist: Wir evaluieren. Eine Evaluation treibt die nächste. Bevor dieses Evaluationsfieber war, war das statistische Fieber und wir glaubten, damit unser Wissen zu erweitern und transparenter zu machen. Wenn ich jetzt aber höre, dass unlängst das zuständige Ministerium eine Studie in Auftrag gegeben hat, die uns überhaupt zum ersten Mal Kenntnis darüber vermittelt, wer eigentlich genau im Feld der Berufsberatung tätig ist, wer verrichtet dort wie welche Tätigkeiten, dann sehen Sie, dass wir sehr viel weniger Wissen über unseren Alltag haben, als wir glauben.

Als ich mich auf diese Rede vorbereitete, dachte ich, ich würde gern wissen, wer wen berät, wie das verteilt ist in der Bundesrepublik und auf welcher Basis das geschieht und welche Gesetzgebung gibt es über die Anforderungen an Beraterinnen und Berater. Dann musste ich feststellen, dass mit dem Verschwinden des alleinigen Auftrags der damaligen Bundesanstalt für Arbeit im Jahr 1998 hier erhebliche Lücken entstanden sind. Das oberste Prinzip war, das Marktprinzip, der Wettbewerb.

Ich habe nichts gegen Marktwirtschaft und Wettbewerb, damit ich nicht falsch verstanden werde, das hebt auch oft die Qualität. Aber wenn ich im Hochschulbereich sehe, welche Kosten oft entstehen für die Studierenden, wenn sie diese privaten Institutionen oder Organisationen in Anspruch nehmen ...

Nein zu Bevormundung, das sagen wir alle miteinander, das ist konsensfähig, aber es genügt nicht die reine Information. Ich komme nicht umhin, wenn z. B. ein Ziel der Beratung ist, von falscher Selbstüberschätzung die Menschen herunter zu holen, dann ist das etwas anderes als wenn ich sie nur über einen Berufszweig informiere. Und das bedeutet, ich übernehme Persönlichkeitsverantwortung und lasse mich auch darauf ein.

Eine andere Abwehr bei der Beratung ist die: „Ihr wollt die Welt sozialpädagogisieren. Am liebsten jedem noch einen zur Seite stellen, der ihn ständig schützt.“

Nein, das Grundkonzept der Beratung muss sein, Menschen selbstständig, handlungsfähig und entscheidungsfähig zu machen. Und darauf kann heute praktisch keine Gesellschaft in der Welt mehr verzichten.

Aber die Vorbehalte gegenüber sozialpädagogischen Ansätzen sitzen tief.

Ich erinnere mich, als ich Ministerin wurde, titelte die FAZ: „Nun bekommen wir eine Sozialarbeiterin als Ministerin.“ Dies war das Schlimmste, was dieser Republik passieren konnte.

(Lachen)

Nach dem Motto: Die kommt aus der Sozial- und Bildungsforschung, also das brauchen wir nun wirklich nicht. Und darin steckt ein tiefer Vorbehalt.

Menschen, die diese Bereiche wertschätzen, sind allenfalls hoch gefragt in extremen Konfliktsituationen. Tritt Gewalt auf unter Jugend-

Es bedarf im Augenblick einer Phalanx, die auch Sie brauchen, Bündnispartner, die diese Notwendigkeit unterstreichen und sie sowohl im vorpolitischen Raum wie auch bei politischen Entscheidern so platzieren, dass die Beratung einen höheren Stellenwert bekommt.

lichen oder Erwachsenen, müssen neben den Rechtsordnern, den Vertretern des Ordnungswesens, der Vertreter der öffentlichen Gewalt, die Sozialpädagogen hin.

Wer wird in Gefängnisse geschickt, wer hat mit den Drogenabhängigen zu tun? Also: Schwerstarbeit dürfen sie leisten, aber bitte stört nicht unsere Kerngesellschaft, denn das sind Randprobleme.

Ich muss das hier anführen, weil das tief in unseren Vorbehalten steckt. Statt zu sehen, dass die Beratung ein Teil des menschlichen Zusammenlebens ist und je komplexer die Gesellschaften desto stärker erhöht sich der Bedarf an Beratung. Damit wiederhole ich noch einmal meine Anfangsforderung.

Die Aufgabe der Komplexitätsreduzierung ist damit nicht aufgehoben. Ich muss nicht immer unverständlichere Gesetze machen, die dann neue Berufszweige hervorbringen und die dann auch daran festhalten wollen. Ich vergesse nie: Als ich das erste Mal das Weingesetz gelesen habe, ich habe nichts verstanden. Nachdem ich mir den Berater, den zuständigen Referenten geholt habe, noch weniger.

(Lachen)

Weil jeder so seine Fachsprache spricht, dass er nicht mehr weiß, in welcher Form verständige ich mich mit den Menschen. Also, normalerweise müssten viele unserer Gesetze, die komplexe Sachverhalte haben, auf den Prüfstand gestellt werden, wie verständlich sind sie für die Menschen.

Jetzt stellen Sie sich nur einmal vor, wenn diese Verwaltungssprache bei Migranten ankommt, was diese verstehen. Also, wenn sie nicht jemanden haben, auch im Bereich der informellen Beratung, geht es nicht weiter.

Ich schließe hier ab und sage, es bedarf im Augenblick einer Phalanx, die auch Sie brauchen, Bündnispartner, die diese Notwendigkeit unterstreichen und sie sowohl im vorpolitischen Raum wie auch bei politischen Entscheidungen so platzieren, dass die Beratung einen höheren Stellenwert bekommt.

Sie sprechen heute primär über den Übergang Schule - Berufswahl, aber vergessen Sie dabei nicht das Gesamtkonzept. Menschen werden soviel wechseln wie sie noch nie gewechselt haben, müssen hinzulernen, umlernen.



Die Gesamtdokumentation der Veranstaltung ist als Volltext im Internet abrufbar:

www.dvb-Fachverband.de/Anhoerung/Dokumentation.pdf.

Am Ende dieses Beitrags finden Sie das Inhaltsverzeichnis der Veröffentlichung.

Nehmen Sie die jüngste Debatte um Erhalt älterer Arbeitnehmer (hoffentlich wird es dann auch Wirklichkeit) und Arbeitnehmerinnen in unseren Betrieben. Die sind jetzt jahrelang gesteuert worden auf den Prozess: „Scheide so früh wie möglich aus, wir sind froh, wenn du gehst.“ Länder wie England machen uns vor, um nur eines zu nennen, wie früh dieser Prozess auf Umstellung im Betrieb, im eigenen oder im fremden, einsetzen muss.

Also der Bedarf an Beratung erhöht sich und reduziert sich nicht, und er muss strukturell gesehen werden und die Finanzierungsmög-

lichkeiten auch mit den Beteiligungen der verschiedenen Akteure geklärt werden.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen viel Erfolg. Ich wollte nicht die Gelegenheit verpassen, Sie

zu ermutigen, nicht zu sagen: „Da können wir ja doch nichts mehr machen.“

Danke schön

(Applaus)



Foto: Kohn

***Inhaltsverzeichnis der Gesamtdokumentation zur politischen Anhörung des dvb:
„Wer garantiert professionelle Berufsberatung für die Zukunft in Deutschland?“***

Dr. Martina Horn
Regionalvorsitzende dvb Nord

Begrüßung zur Eröffnung der Anhörung

Prof. Dr. Dr. h.c. mult.
Rita Süßmuth
Bundestagspräsidentin a.D.

„Wer garantiert professionelle Berufsberatung für die Zukunft in Deutschland?“ Eröffnungsrede zu einer bedeutenden Anhörung

Julius Voigt
Rat Suchender

Ohne die Berufsberatung würde ich hier nicht als Schüler einer weiterführenden Schule sitzen

Wilfried M. Steinert
Vorsitzender des Bundes Eltern Rats

Wir brauchen die spezielle Beratungs- und Wissenskompetenz der Berufsberaterinnen und Berufsberater

Karin Wagnitz-Brockmüller
Lehrerin an der Werner-Stephan-Oberschule Berlin

Wir stehen vor einem Prozess des Wegbrechens unserer Beratungsstrukturen

Dr. Bernhard Jenschke
Präsident der Internationalen Vereinigung für Bildungs- und Berufsberatung

Bildungs- und Berufsberatung ist nicht nur ein individuelles sondern auch ein hohes öffentliches Gut

Karl-Heinz P. Kohn
Dozent für Arbeitsmarkt
an der Fachhochschule
der Bundesagentur für Arbeit

*Wir brauchen für alle den bestmöglichen beruflichen Weg
– aus sozialer, aber gerade auch aus ökonomischer Ver-
nunft*

Christiane Voß-Gundlach
Ministerialdirigentin beim Bundesministe-
rium für Arbeit und Soziales

*Die Reformen der Arbeitsmarktpolitik sollen gerade die
Bedingungen für Beratung verbessern*

*- Replik der dvb-Bundesvorsitzenden
Birgit Lohmann*

Dagmar Kuhlich
Referentin für berufliche Schulen bei der
Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Sport Berlin

*Die Berufsberatung ist ein unverzichtbarer Kooperations-
partner – auch im System beruflicher Schulen*

Sonja Staack
Büro der bildungspolitischen Sprecherin
der Fraktion DIE LINKE im Deutschen
Bundestag Cornelia Nehls, MdB

*Die Berufsberatung darf nicht nur als Dienstleister für
diejenigen zur Verfügung stehen, die von selbst kommen*

Birgit Lohmann
Bundesvorsitzende des Deutschen Ver-
bands für Bildungs- und Berufsberatung

*Berufsberatung – steigender Bedarf
und Gefährdung des Angebots*

Teilnehmerinnen und Teilnehmer
der Veranstaltung

Beiträge aus dem Publikum

Begleitmaterial zur Veranstaltung

*Liste der Teilnehmerinnen und Teilnehmer
der Veranstaltung*

15. Shell Jugendstudie: Jugend 2006 – Eine pragmatische Generation unter Druck

Quelle. Presseinformation von Shell Deutschland vom 21. September 2006

Mädchen sind auf der Überholspur - Bildung als Schlüsselfrage - Wunsch nach Gerechtigkeit zwischen den Generationen - Stabile Wertorientierungen - Nüchternere Sichtweise auf Europa

Jugendliche heute haben ein hohes Maß an Bewusstsein für die großen Themen der Gesellschaft. Vom Altern der Gesellschaft über Probleme am Arbeitsmarkt bis hin zu ihren eigenen Zukunftsperspektiven: Jugendliche stellen sich den Herausforderungen. Was auch auf sie zukommt – sie suchen eine Lösung; sie lassen sich dabei nicht entmutigen.

Das Altern der Gesellschaft und damit verbundene Probleme sind den jungen Leuten bewusst. Zum ersten Mal stellt die Shell Jugendstudie Fragen, die mit dem demografischen Wandel der Gesellschaft in Zusammenhang stehen. Das Resultat: Jugendliche heute haben großen Respekt vor der älteren Generation. Sie sehen ihre Zukunftsaussichten heute als ungewisser als noch vor vier Jahren. Vor diesem Hintergrund gewinnt die Familie wieder stärker an Bedeutung. 72 Prozent der Jugendlichen sind der Meinung, dass man eine Familie braucht, um wirklich glücklich leben zu können. Die aktuelle Studie zeigt, dass die Jugendlichen heute über ein stabiles Wertesystem verfügen. Ausführlicher als früher befasst sich die 15. Shell Jugendstudie mit der Einstellung der Jugend zu Religion und Kirche. Die Jugendlichen von heute bejahen zwar grundsätzlich die Institution der Kirche, vermissen von dieser jedoch zeitgemäße Antworten auf wichtige Lebensfragen, die sie bewegen.

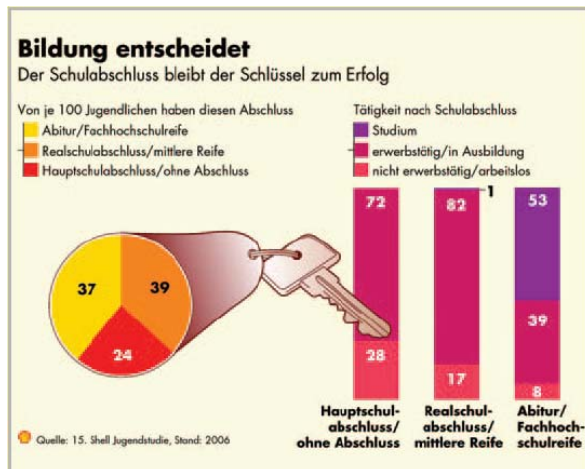
Zu diesen Erkenntnissen kommt die 15. Shell Jugendstudie, die am 21. September 2006 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Die Untersu-

chung wurde gemeinsam von den Bielefelder Sozialwissenschaftlern Professor Dr. Klaus Hurrelmann und Professor Dr. Mathias Albert und einem Expertenteam des Münchner Forschungsinstituts TNS Infratest Sozialforschung unter Leitung von Ulrich Schneekloth verfasst. Im Auftrag der Deutschen Shell befragten die Experten Anfang des Jahres 2006 mehr als 2.500 Jugendliche im Alter von 12 bis 25 Jahren zu ihrer Lebenssituation, ihren Glaubens- und Wertvorstellungen und ihrer Einstellung zur Politik. Seit 53 Jahren beauftragt Shell unabhängige Forscherteams, um Jugendstudien herauszugeben, die jeweils eine aktuelle Sicht auf die Jugendgeneration und ihre Zukunftssichten ermöglichen.

Der noch 2002 festgestellte große persönliche Optimismus hat inzwischen einer etwas gemischteren Sichtweise Platz gemacht – die in der Shell Jugendstudie 2002 identifizierte pragmatische Generation ist unter Druck geraten. Von Resignation und Ausstieg in vermeintliche jugendliche Ersatzwelten kann aber nach wie vor keine Rede sein.

„Aufstieg statt Ausstieg“ bleibt die Devise der Jugendlichen. Sie suchen individuelle Wege und schaffen Strukturen, in denen sie weiterkommen können. Auch wenn ihre Aussichten ihnen vielleicht düsterer erscheinen als noch vor vier Jahren und die Rahmenbedingungen am Arbeitsmarkt den persönlichen Optimismus dämpfen: Sie lassen sich nicht entmutigen.

Bildung entscheidet über Zukunft

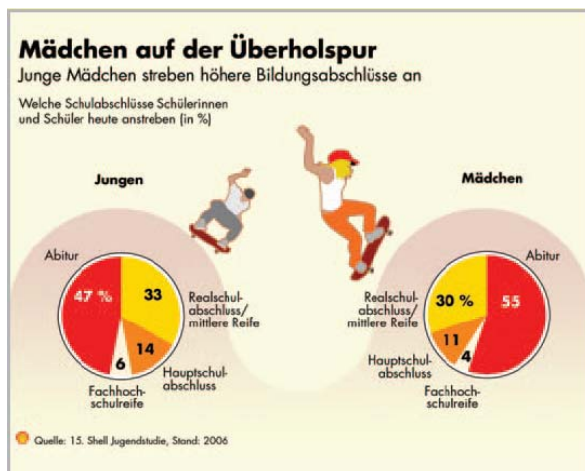


Der Schulabschluss bleibt der Schlüssel zum Erfolg: Jugendliche aus sozial bessergestellten Elternhäusern besuchen aussichtsreichere Schulformen als Jugendliche aus sozial

schwierigeren Verhältnissen. Diese finden sich häufig an Hauptschulen und Sonderschulen und erzielen auch in der anschließenden Ausbildung nicht die Resultate, die ihrem Potenzial entsprechen.

Jugendliche an Hauptschulen blicken dabei nicht ganz so optimistisch in die Zukunft wie ihre Altersgenossen an Gymnasien. Auch in puncto Arbeitsplatz zeigt die Shell Jugendstudie 2006, dass Jugendliche deutlich stärker besorgt sind, ihren Arbeitsplatz zu verlieren bzw. keine adäquate Beschäftigung finden zu können, als noch vor vier Jahren. Dennoch – die Suche nach individuellen Lösungsansätzen überwiegt.

Mädchen auf der Überholspur



Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang der geschlechtsspezifische Trend. Junge Frauen haben im Bereich der Schulbildung die jungen Männer überholt und streben auch zukünftig häufiger höherwertige Bildungsabschlüsse an – ein Trend, der sich bereits in der Shell Jugendstudie 2002 angedeutet hatte. 2006 streben 55 Prozent der befragten Mäd-

chen das Abitur an, hingegen nur 47 Prozent der Jungen.

Was die Planung einer eigenen Familie anbetrifft, zeigt sich auch hier der pragmatische Ansatz der jungen Generation. Die Zahl junger Erwachsener, die zunächst auf eigene Kinder und Familie verzichten, wächst. Dabei ist es nicht so, dass junge Frauen keine eigenen Kinder wollen. Sie sehen sich jedoch bei der Familiengründung mit vielfältigen Schwierigkeiten konfrontiert, weil Ausbildung, berufliche Integration und Partnerschaft mit Familiengründung in einem sehr kurzen Zeitfenster komprimiert sind – der so genannten Rush-hour des Lebens. Die jungen Frauen nehmen äußerst sensibel wahr, welche Probleme mit Nachwuchs und dem Vorankommen im Berufsleben verbunden sind.

Familie gewinnt an Bedeutung

Der Rückhalt im privat-familiären Bereich entschärft Spannungen. In Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit bietet die Familie Sicherheit, sozialen Rückhalt und emotionale Unterstützung. Fast drei Viertel der Jugendlichen (73 Prozent) von 18 bis 21 Jahren leben noch bei ihren El-

tern. Harmonie in den eigenen vier Wänden ist angesagt: 90 Prozent der Jugendlichen bekunden, gut mit ihren Eltern auszukommen, und 71 Prozent würden auch ihre eigenen Kinder genauso oder so ähnlich erziehen wollen.

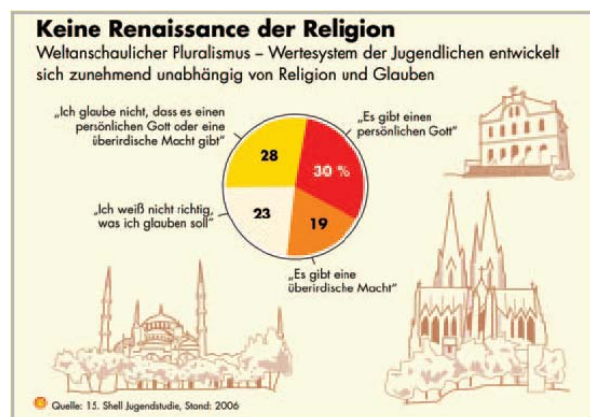
Großer Respekt vor der älteren Generation

Die befragten Jugendlichen nehmen die ältere Generation in ihrer charakteristischen Unterschiedlichkeit wahr. Zum einen gibt es die Hochbetagten. Diese Generation genießt das Image der „Aufbaugeneration“ – ihre Leistung bringt ihnen die Achtung der Jugendlichen ein. Auf der anderen Seite stehen die „Jungen Alten“ – fit, aktiv und offen für Neues. Das nehmen die Jugendlichen grundsätzlich positiv auf. Es wird erst dann problematisch, wenn die Senioren sich zu sehr einmischen oder zur Konkurrenz werden – wie zum Beispiel bezüglich Seminarplätzen an der Universität.

Jugendlichen als primäres Problem einer alternden Gesellschaft. Der vorherrschende Eindruck aus den Interviews: Die Alten, die die Bundesrepublik zu dem gemacht haben, was sie nun ist, sollen gut versorgt werden. 43 Prozent der befragten Jugendlichen sind der Meinung, dass der Wohlstand zwischen den Generationen gerecht verteilt ist. 34 Prozent fordern, dass die Älteren zurückstecken sollten, während 12 Prozent angeben, dass die Jüngeren ihre Ansprüche reduzieren sollten. Junge Leute heute vertreten den Wunsch nach Fairness und Gerechtigkeit zwischen den Generationen.

Die wachsende Zahl alter Menschen zu versorgen und zu integrieren sehen die befragten

Keine Renaissance der Religion



Sowohl beim Katholischen Weltjugendtag in Köln 2005 als auch beim Tod von Papst Johannes Paul II. waren Jugendliche aus aller Welt in den Medien äußerst präsent. Daher wird in der Öffentlichkeit gelegentlich über ei-

ne „Renaissance der Religion“ bei Jugendlichen spekuliert. Die aktuelle Shell Jugendstudie zeigt allerdings, dass die meisten Jugendlichen in Deutschland nach wie vor eine nur mäßige Beziehung zu kirchlich-religiösen Glaubensvorgaben haben. Nur 30 Prozent glauben an einen persönlichen Gott, weitere 19 Prozent an eine unpersönliche höhere Macht. 28 Prozent der Jugendlichen stehen dagegen der Religion fern, der Rest (23 Prozent) ist sich in religiösen Dingen unsicher. Typisch für die heutige Jugend ist, dass sie zwar die Institution der Kirche grundsätzlich bejaht, gleichzeitig aber eine ausgeprägte Kirchenkritik äußert. 65 Prozent finden, die Kirche habe keine Antworten auf Fragen, die Jugendliche heute wirklich bewegen.

„Religion light“ bei westdeutschen Jugendlichen

Während in den neuen Ländern die große Mehrheit der Jugend kaum einen Bezug zu Religion und Kirche hat, pflegen die meisten westdeutschen Jugendlichen eine Art „Religion light“. Sie basteln sich aus religiösen und

pseudo-religiösen Versatzstücken eine Art „Patchwork“-Religion zusammen. Für ihre Lebensführung ist jedoch vor allem ein säkularisiertes Wertesystem ausschlaggebend.

Mehr „echte“ Religiosität bei Migranten

Anders sieht es in der Gruppe der Jugendlichen mit Migrationshintergrund aus, bei denen „echte“ Religiosität noch einen starken Rückhalt hat. 52 Prozent der ausländischen Jugendlichen glauben an einen persönlichen Gott, gegenüber nur 28 Prozent der deutschen

Jugendlichen. Trotz großer religiöser Unterschiede gibt es jedoch viele Ähnlichkeiten in den Wertorientierungen jugendlicher Migranten, ostdeutscher und westdeutscher Jugendlicher.

Weiter Aufwind für Fleiß und Ehrgeiz

Das Wertesystem der Jugendlichen weist eine positive und stabile Ausrichtung auf. Familie, Freundschaft, Partnerschaft sowie Eigenverantwortung sind weiter „in“, begleitet von einem erhöhten Streben nach persönlicher Unabhängigkeit. Kreativität, aber auch Sicherheit und Ordnung werden als wichtig eingestuft. Die Tugenden Fleiß und Ehrgeiz befinden sich weiter im Aufwind. Damit vermischen sich in den Lebensorientierungen junger Menschen weiterhin moderne und traditionelle Werte.

Mädchen und junge Frauen sind auch 2006 wie bereits 2002 das wertebewusstere Geschlecht. Orientierungen wie Umwelt- und Gesundheitsbewusstsein sowie soziales Engagement sind für sie wichtiger als für Jungen und junge Männer. Das betrifft auch die Bewertung von Beziehungen in Familie und Partnerschaft, das Achten auf die eigenen Gefühle sowie die Bewertung von Sekundärtugenden wie Ordnung und Sicherheit. Mädchen und junge Frauen sind dennoch ebenso ehrgeizig wie Jungen und junge Männer, die sich allerdings konkurrenzorientierter geben.

Interesse an Politik und Parteien steigt leicht an

Das Interesse an Politik ist weiterhin niedrig. Trotz eines leichten Anstiegs im Vergleich zur Shell Jugendstudie 2002 wäre es noch verfrüht, von einer Trendwende zu sprechen. Lag der Prozentsatz der politisch Interessierten 2002 bei 34 Prozent, so hat er sich nun auf 39 Prozent erhöht. Auch hier macht sich das unterschiedliche Bildungsniveau bemerkbar: Mehr als zwei Drittel der Oberstufenschüler und der Studierenden stufen sich als politikinteressiert ein.

Auch das Vertrauen der Heranwachsenden in die politischen Parteien und in die Bundesregierung ist weiterhin gering. Politik stellt für die Mehrheit der Jugendlichen keine Größe mehr dar, an der sie sich orientieren können. Was jedoch nicht bedeutet, dass Jugendliche keine eigenen Interessen hätten, für deren Verwirklichung sie sich auch einsetzen.

Absage an politischen Extremismus

Nicht verändert hat sich die politische Positionierung. Im Unterschied zur Gesamtbevölkerung ordnen Jugendliche sich im Durchschnitt leicht links von der Mitte ein. Die Mehrheit hält Demokratie für eine gute Staatsform. Dem po-

litischen Extremismus wird eine klare Absage erteilt. Grundlegende Spielregeln der Demokratie wie Meinungsfreiheit und freie Wahlen sind unumstritten.

Engagement für andere weiterhin auf hohem Niveau



Trotz des geringen politischen Interesses sind viele Jugendliche in ihrem Lebensumfeld gesellschaftlich aktiv. Einsatz für die Gesellschaft und für andere Menschen gehört ganz selbstverständlich zum persönlichen Lebensstil dazu. 33 Prozent der Jugendlichen geben an, „oft“, und weitere 42 Prozent, „gelegentlich“ für soziale oder gesellschaftliche Zwecke

in ihrer Freizeit aktiv zu sein. Das Niveau ist vergleichbar hoch wie im Jahr 2002.

Im Vordergrund steht der Einsatz für die Interessen von Jugendlichen, etwa im Rahmen einer sinnvollen Freizeitgestaltung. Hinzu kommt Engagement für sozial schwache oder benachteiligte Menschen, für ein besseres Zusammenleben oder auch Sicherheit und Ordnung im Wohngebiet oder sonstige konkrete Fragen. Bürgerinitiativen, Parteien und Verbände oder auch Hilfsorganisationen spielen dabei allerdings eine untergeordnete Rolle.

Auch hier gilt: Je höher das Bildungsniveau und die soziale Schicht, desto intensiver das gesellschaftliche Engagement der Jugendlichen. Die Haltung der Jugendlichen zu gesellschaftlichen Aktivitäten entspricht ihrem pragmatischen Ansatz. Es sind nicht ideologische Konzepte oder gesellschaftliche Utopien, die sie verfolgen. Weitaus wichtiger ist die persönliche Befriedigung – jenseits großer Entwürfe oder einer neuen Bewegung.

Anmerkung der iBB- Redaktion: Diese Zahlen sollten auch dazu ermutigen, bei der Profilierung der Kompetenzen von Jugendlichen in Beratung und Bewerbung gezielt außerschulische Aktivitäten und Daten zu nutzen.

Europa und die Globalisierung

Europa ist weiterhin angesagt: 60 Prozent bezeichnen Europa im Vergleich zu 62 Prozent im Jahr 2002 nach wie vor als „in“. Im Vergleich zur Shell Jugendstudie 2002 ist die „Eu-

ropa-Euphorie“ aber inzwischen einer etwas nüchterneren Betrachtungsweise gewichen. Junge Leute kritisieren vor allem Bürokratie und Geldverschwendung in Europa.

Für einen möglichen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union sprechen sich nur 19 Prozent der Jugendlichen aus. 61 Prozent lehnen dies momentan ab, und 20 Prozent haben hierzu keine Meinung.

Den Prozess der Globalisierung betrachten die Jugendlichen zunehmend kritisch. Auffällig dabei: Immerhin 24 Prozent geben an, von Globalisierung noch nichts gehört zu haben. Insbesondere bei den Jüngeren gibt es offenbar noch große Kenntnisdefizite.

48 Prozent der Jugendlichen gehen davon aus, dass ihnen die Globalisierung sowohl Vorteile als auch Nachteile bringen wird. Auf Vorteile wie größere Freizügigkeit oder kultu-

relle Vielfalt verweisen 18 Prozent. Nachteile wie Kriminalität oder Arbeitslosigkeit – hervorgerufen durch Globalisierung – empfinden 27 Prozent der Jugendlichen. Im Vergleich zu 2002 ist diese Einschätzung tendenziell etwas skeptischer.

Geht es darum, Einfluss auf die Globalisierung zu nehmen, vertrauen Jugendliche vorrangig auf Organisationen wie die EU oder die UN. Auch den nationalen Regierungen wird diesbezüglich Bedeutung beigemessen. Globalisierungs-Kritiker wie Attac oder Verbraucherschutzorganisationen gelten eher als Korrektiv denn als gestaltende Kraft. Gering ist das Vertrauen in die USA oder auch in China als mögliches zukünftiges globales Zentrum.

Methodik und Tradition der Studie

Mit der 15. Shell Jugendstudie setzt die Deutsche Shell ihr Engagement in der Jugendforschung fort. Bereits seit 1953 beauftragt das Energieunternehmen führende Forschungsinstitute mit der Erstellung von Studien, um Einstellungen, Stimmungen und Erwartungen von Jugendlichen zu dokumentieren. „Die Jugend sieht sich zunehmend größeren Herausforderungen ausgesetzt“, sagt Kurt Döhmel, Vorsitzender der Geschäftsführung Deutsche Shell Holding GmbH. „Es ist daher wichtig zu erfahren, wie die Jugend sich selbst und ihre Zukunft sieht, um Denk- und Diskussionsanstöße für Politik und Gesellschaft zu geben.“

Die Shell Jugendstudie 2006 stützt sich auf eine repräsentativ zusammengesetzte Stichprobe von 2.532 Jugendlichen im Alter von 12 bis 25 Jahren aus den alten und neuen Bundesländern, die von geschulten TNS-Infratest-Interviewern zu ihrer Lebenssituation und zu ihren Einstellungen und Orientierungen persönlich befragt wurden. Die Erhebung fand auf Grundlage eines standardisierten Fragebogens im Zeitraum von Anfang Januar bis Mitte Februar 2006 statt. Im Rahmen der qualitativen Vertiefungsstudie wurden 25 explorative Interviews mit Jugendlichen im Alter von 15 bis 25 Jahren durchgeführt. 20 dieser Einzelfallstudien werden als Portraits vorgestellt.



Die 15. Shell Jugendstudie ist im Fischer Taschenbuch Verlag unter dem Titel „Jugend 2006 – Eine pragmatische Generation unter Druck“ erschienen und ist im Buchhandel erhältlich (ISBN 3-596-17213-6, EUR 14,95).

Umfangreiche weitere Informationen, zum Beispiel auch die Tonaufzeichnung der einzelnen Beiträge auf der Pressekonferenz zur 15. Shell Jugendstudie gibt es im Internet unter www.shell-jugendstudie.de.

Neues Selbstlernmedium für den Weg vom zwei- zum dreijährigen Berufsabschluss im Einzelhandel

Quelle: Gemeinsame Pressemitteilung von Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Hauptverband des deutschen Einzelhandels (HDE) und der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) vom 21. September 2006

Im Einzelhandel stehen motivierten Absolventen und moderne multimediale Lernmedien zur Fortsetzung der Ausbildung zur Verfügung. Diese bieten Interessierten die Chance, durch selbstständiges Lernen den Anschluss und die Durchlässigkeit zur dreijährigen Ausbildung zum „Kaufmann/zur Kauffrau im Einzelhandel“ zu erreichen. Junge Menschen können so ihre Berufsausbildung unabhängig von Zeit und Ort fortsetzen bzw. erhalten multimediale Unterstützung in ihrem dritten Ausbildungsjahr. Die Lernarrangements auf fünf CD-ROMs umfassen vielschichtige Lern- und Handlungssituationen, die in einer virtuellen Lernumgebung ansetzen und einen starken Praxisbezug haben. Sie setzen die Innovationen der 2004 grundlegend modernisierten Ausbildung in den Einzelhandelsberufen fort und bieten der Bildungspraxis wichtige Unterstützung.

Die CD-ROMs wurden vom BIBB in Kooperation mit dem HDE sowie ver.di konzipiert, produziert und auf einer gemeinsamen Fachtagung in Bonn der Fachöffentlichkeit vorgestellt. An der Entwicklung mit beteiligt waren zudem die Zentralstelle für Berufsbildung im Einzelhandel (zbb), ModernLearning und das Bildungszentrum des Einzelhandels in Frankfurt/Oder. Die Lernarrangements decken den größten Teil der Inhalte des dritten Ausbildungsjahres im Ausbildungsberuf „Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel“ ab. Interessierte können sich so die betrieblichen und berufsschulischen Inhalte in einem multimedialen Selbstlernprozess aneignen. Die Vorbereitung auf die Abschlussprüfung zum „Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel“ und somit die Zulassung zur Externenprüfung wird erleichtert.

Zusätzlich sollen die Lernarrangements auch entsprechende Bildungsmaßnahmen der Bildungszentren des Handels sowie der beruflichen Schulen unterstützen.

Die Lernarrangements

- Einzelhandelsprozesse,
- Beratung, Ware und Verkauf,
- kaufmännische Steuerung und Kontrolle,
- IT-Anwendungen und
- Personal

orientieren sich an den Pflicht- und Wahlqualifikationen der modernisierten Ausbildung. Weitere Lernarrangements zu warentwirtschaftlicher Analyse, beschaffungsorientierter Warenwirtschaft und Marketing werden bis Mitte 2007 folgen.

Für Prof. Reinhold Weiss, stellvertretender Präsident und Forschungsdirektor des BIBB, stellt die Entwicklung der Lernarrangements einen „wichtigen Meilenstein“ dar. „Von den jetzt gesammelten Erfahrungen werden entscheidende Impulse für die zukünftige Ausbildungsgestaltung und die Möglichkeiten einer praxisnahen Qualifizierung mit Hilfe des Computer Based Trainings (CBT) ausgehen. Insofern kommt diesem Projekt eine Bedeutung weit über den Bereich der Einzelhandelsberufe zu.“

Horst Zöller, REWE Zentral AG und Vorsitzender des HDE/BGA-Bildungsausschusses, betont, „dass in den Unternehmen das Lernen via CBT viel schneller angenommen wird als wir dies vermutet haben“. Zöller weiter: „Auch wird die Möglichkeit, sich durch aktives Einbeziehen in den Lernprozess und mit unter-

schiedlichen Sinnen - Sehen und Hören - etwas Neues anzueignen, von den Beschäftigten als sehr angenehm und kompetenzfördernd angesehen.“

Als ein Produkt „aktiver Sozialpartnerschaft“ bezeichnet Jens Vojta (ver.di) die entstandenen CD-ROMs: „Mit der Entwicklung dieser Lernarrangements ist eine gute inhaltliche Verbesserung der neu gestalteten Berufsausbildung geschaffen worden. Die Ungleichheit zwischen der zwei- und der dreijährigen Ausbildung im Einzelhandel kann damit gemildert werden.“

Weitere Informationen sowie „Einblicke“ in die Lernarrangements enthält die Dokumentation der gemeinsam von BIBB, HDE und ver.di ausgetragenen Fachkonferenz „Multimediale

Berufsbildung im Einzelhandel. Neue Chancen?“ im Internetangebot des BIBB unter www.bibb.de/pub/dokumentationen.

Inhaltliche Auskünfte erteilen:

Hannelore Paulini-Schlottau (BIBB),
E-Mail: paulini-schlottau@bibb.de

Werner Gerwin (BIBB), Tel.: 0228 / 107-1417,
E-Mail: gerwin@bibb.de

Wilfried Malcher (HDE),
E-Mail: malcher@hde.de, Internet: www.hde.de

Ulrich Dalibor (ver.di),
E-Mail: ulrich.dalibor@verdi.de,
Internet: www.verdi.de

Projekt „Barrierefrei kommunizieren“ hilft bei der Suche behinderungskompensierender Techniken und Technologien für Computer und Internet

Die überwiegende Zahl der Arbeitsplätze erfordert die Nutzung von PC-Arbeitsplätzen, häufig auch die Nutzung des Internet. Viele Behinderungsarten sowohl im Bereich des Sehens, aber auch der Motorik erschweren den Zugang zu diesen Arbeitsmitteln. Das Projekt „Barrierefrei kommunizieren“ versammelt technische und beraterische Kompetenzen zur Nutzung kompensierender Technik. Dieses Angebot ist für die Bildungs- und Berufsberatung von Rat Suchenden mit Behinderung von besonderer Bedeutung. Denn die möglichen Hard- und Softwarelösungen sind zahlreich und vielfältig – und erfahren glücklicher Weise den in diesem Technikbereich typischen rasanten Fortschritt und damit Aktualisierungsbedarf. „Barrierefrei kommunizieren“ bietet ei-

nerits einen gut zugänglichen aktuellen Überblick über das technische Panorama, zum Beispiel durch eine eigene *Online*-Datenbank mit strukturierter Suchassistentz und durch eine kostenlose Broschüre mit mehr als 160 Seiten, die inzwischen in dritter, überarbeiteter Auflage vorliegt..

Andererseits werden auch individuelle Beratungen, Schulungen, eine regelmäßige Informationsschrift und das erste Testen der Technik vor Ort angeboten.



Alle Angebote sind über die Internetadresse www.Barrierefrei-kommunizieren.de zu erreichen.

Vom Abhandenkommen beruflicher Beratung und mikroökonomisch inspirierten Zahlenkonstruktionen

von Helga Ostendorf

Im April 2006 veröffentlichte die Bundesagentur für Arbeit (BA) einen Bericht zur „Beratung, Vermittlung, Förderung von Schulabgängern“ mit Informationen zum Beratungsjahr 2003/2004. Dieser Bericht unterscheidet sich deutlich von seinen Vorgängern, den Sonderheften der Amtlichen Nachrichten (ANBA). In dem, was der Bericht vorstellt und was er weglässt, manifestiert sich ein Prozess, der schon seit längerem im Gange ist und der im Zuge der hausinternen (Hartz-)Reformen bedrohliche Ausmaße annimmt. Die BA scheint ihren gesetzlichen Auftrag, „Auskunft und Rat (...) zur Berufswahl, beruflichen Entwicklung und zum Berufswechsel“ (§ 30 SGB III) zu erteilen und „umfassend“ „über Fragen der Berufswahl, über die Berufe und ihre Anforderungen und Aussichten, über Wege und Förderung der beruflichen Bildung sowie über beruflich bedeutsame Entwicklungen in den Betrieben, Verwaltungen und auf dem Arbeitsmarkt“ zu „unterrichten“ (§ 33 SGB III), nicht mehr allzu ernst zu nehmen. Das Ziel einer sowohl für die Ratsuchenden als auch die Volkswirtschaft effizienten Berufs- und Lebenswegplanung wird mehr und mehr durch das Streben nach einer für den „Betrieb“ Bundesagentur gewinnbringenden Handlungsweise ersetzt. Gesell-

schaftspolitische Aufgaben treffen auf betriebswirtschaftliches Kalkül.

Die bisherigen Sonderhefte erschienen nicht nur zeitnah zum Abschluss des Beratungsjahres, sondern beschäftigten sich auch ausführlich mit den Methoden beruflicher Beratung. Anders der neue Bericht. Schließt man aus seinen Inhalten auf die Arbeit der Berufsberatung, so besteht diese heute ausschließlich aus Ausbildungsstellenvermittlung und Verwaltung außerbetrieblicher Ausbildungs- und Berufsvorbereitungsmaßnahmen. Beratung, sei es in Form ausführlicher Einzel- und Gruppengespräche, Vortragsveranstaltungen oder Unterrichtung in den Schulen, scheint nicht mehr stattzufinden.

Im Folgenden werde ich zunächst vorstellen, wie die BA die Vermittlungszahlen höchst eigentümlich berechnet und Sachbearbeitung in berufliche Beratung umdefiniert. Anschließend gehe ich auf die Kosten der Berufsberatung ein und werde aufzeigen, wie es dazu kommen konnte, dass die Organisationsreformen zu einer Veränderung der inhaltlichen Schwerpunktsetzung führten, ohne dass diese politische Aufmerksamkeit fand.

Neunzig Prozent Vermittlungserfolg?

Die BA schreibt, dass sie „an 90 Prozent aller neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge durch Vermittlungsleistung beteiligt war“ (S. 7). Bei einer solch grandiosen Erfolgszahl drängen sich Zweifel an der Richtigkeit auf, und darüber hinaus stimmen die gesellschaftlichen Folgen nachdenklich. Eine Vermittlungsquote von 90% hieße, dass eine Behörde erheblichen Einfluss darauf hat, wer in einem renommierten Betrieb lernen darf und wer in

eine Klitsche gehen muss. Jedenfalls wäre sie ein Hinweis, dass es der Berufsberatung nicht gelungen ist – wie vom Europäischen Rat gefordert – die jungen Menschen zu befähigen, ihren Werdegang selbst in die Hand zu nehmen.

Die BA errechnet die 90% „Vermittlungsleistung“ aus dem Verhältnis der Anzahl der Ausbildungsplätze, die bei ihr für den Ausbil-

dungsbeginn 2004 gemeldet waren (519.800), zur Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge (572.980). In der ANBA hieß diese Quote ehemals „Einschaltungsgrad der Betriebe“. In der Tat ist es berichtenswert, dass ein so hoher Anteil aller zu besetzenden Ausbildungsplätze bei der Berufsberatung gemeldet ist. Der Einschaltungsgrad ist seit vielen Jahren ähnlich hoch und zeugt von der guten Zusammenarbeit mit den Betrieben. Sie aber als Vermittlungsleistung auszuweisen ist dreist. Enthalten sind darin auch Plätze, die anderweitig besetzt und von den Betrieben im Laufe des Jahres zurückgezogen wurden. Darüber hinaus zählt die BA auch die Plätze in außerbetrieblichen Werkstätten mit, die sie selbst (mit Mitteln des Bundes und der Länder) geschaffen hat, und – man glaubt es kaum – auch die Plätze, die die Berufsberatung nicht besetzen konnte.

Mosley/Speckesser (1997: 53) weisen auf der Basis des sozioökonomischen Panels eine Vermittlungsquote von 23,5% aus und eine Studie des Bundesinstituts für Berufsbildung für Westdeutschland 19% und für Ostdeutschland 35% (BMBF 2001: 63). Diese Zahlen liegen deutlich unterhalb der genannten 90%. Aber die Berufsberatung ist bei ihren Vermittlungen immerhin erfolgreicher als die Arbeitsvermittlung, über die nur 14% der Erwerbslosen und neun Prozent der ehemals Erwerbsarbeit-Suchenden eine neue Stelle fanden (Infas 2004: 11). Im Gegensatz zur Arbeitsvermittlung,

wo es darum geht, die Menschen möglichst schnell wieder in Arbeit zu bringen, auch um die Kosten für die Versicherungsgemeinschaft gering zu halten, ist die Ausbildungsstellenvermittlung der Berufsberatung eine reine Serviceleistung. Jugendliche können sich dort informieren, wo welche Ausbildungsplätze angeboten werden. Sie können die Vermittlung aber ebenso ablehnen und letztlich auch die Aufnahme einer Ausbildung verweigern.

Die Vermittlungsquote sollte m.E. nicht überbewertet werden. Jugendliche bewerben sich über die Vorschläge der Berufsberatung hinaus eigeninitiativ, wobei die Befähigung zur eigenständigen Entscheidung und zum selbstständigen Vorgehen ja gerade ein wichtiges Ziel berufsberaterischer Arbeit ist. Außerdem sind die großen Ausbildungsbetriebe den Jugendlichen in aller Regel bekannt. Führt eine dieser selbstständigen Bewerbungen zu einem Ausbildungsvertrag, ist der Vermittlungserfolg der Berufsberatung gleich Null. Effizient kann deren Arbeit aber dennoch gewesen sein: Jugendliche mit gefestigter Berufsentscheidung und fundierten Informationen zum Beruf werden von den Betrieben meist bevorzugt. Eine Vermittlungsquote von 23,5% besagt, dass diese möglicherweise optimiert werden könnte; sie besagt aber nicht, dass die Arbeit der Berufsberatung in 76,5% der Fälle erfolglos war.

Vom Bundesrechnungshof nichts gelernt?

Zu den Ratsuchenden, die 2004 die Schule beendeten, schreibt die BA: „204.400 oder 51,4 Prozent wurden in eine betriebliche Ausbildung vermittelt“ (S. 6). Abgesehen von der Verwirrung durch die Angabe einer „Vermittlungsleistung“ von 90% (und eben nicht 51,4%), stellt sich die Frage, woher die BA diese Zahlen hat. Die angehenden Auszubildenden und Studierenden müssen schließlich ihren Verbleib im Gegensatz zu leistungsbeziehenden Erwerbslosen nicht melden; sie werden lediglich um entsprechende Informationen

gebeten. Allenfalls weiß die BA, dass die Jugendlichen in eine Ausbildung „eingemündet“ sind. Bei den „in Ausbildung Eingemündeten“ ist darüber hinaus unbekannt, ob diese tatsächlich durch die Berufsberatung vermittelt wurden oder ob sie sich den Ausbildungsplatz unabhängig vom Vermittlungsvorschlag selbst gesucht haben. Im statistischen Anhang des Berichts ist, wie in den vorausgegangenen Sonderheften der ANBA, auch nicht von „Vermittlung“ die Rede, sondern von „Einmündung“. Darüber hinaus sind die Angaben auch

hier wieder irreführend: Einmündungen in von der BA geschaffene, außerbetrieblichen Ausbildungen werden als betriebliche ausgegeben.¹

Da die Jugendlichen nicht verpflichtet sind sich zu melden, ist die Zahl der unbekannt Verbliebenen regelmäßig hoch und die Statistik insgesamt ungenau. Eine Befragung Derjenigen, die in der Berufsberatungsstatistik als „unbekannt verblieben“ oder als in schulische Ausbildungen, Berufsvorbereitungen etc. eingemündet verzeichnet waren, zeigte, dass sich

Personalsituation

Die Angaben des Berichts zur Zahl der Beratungskräfte machen stutzig. Die BA schreibt: „Bundesweit beraten und betreuen 5.300 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (...) die jungen Menschen auf ihrem Weg in die Ausbildung“ (S.11). Der vorhergehende Bericht benannte die Zahl der BerufsberaterInnen mit nur 2.800 (BA 2004: 5). Gibt es jetzt also fast doppelt so viele BeraterInnen, was ja nur wünschenswert wäre? Wenn, wie Klaus Meyer-Haupt (1995: 52) für 1994 auswies, 52% des Personals BerufsberaterInnen sind,² hat sich deren Zahl gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Das Nennen der Gesamtzahl bei gleichzeitigem Verschwei-

Finanzieller Aufwand

Die BA scheint zu meinen, dass sie für das Personal der Berufsberatung zu viel Geld ausgibt. Sie schreibt: „Personal- und Sachkosten für Berufsberatung schlugen mit 7,9% (353 Millionen Euro) zu Buche“ (S. 11). Wer schlug da wen? „Sprache ist das Spiegelbild des Denkens“, las ich in anderen Veröffentlichungen der Bundesagentur. Angesichts dessen, dass personalintensive Beratung ja die eigent-

davon 14% doch in einer Berufsausbildung befanden (BMBF 2005: 72). Vermutlich gibt es auch bei Denjenigen, die als „in Ausbildung“ in der Statistik vermerkt sind, ähnliche Ungenauigkeiten. Aus den Zahlen der Berufsberatung lassen sich Anhaltspunkte für die Beurteilung der Situation entnehmen, nicht aber exakte Verbleibsdaten. „Einmündungen in Ausbildung“ gleichzusetzen mit „wurden von der BA vermittelt“ ist jedenfalls unverfroren. Hatte die Bundesagentur vor einigen Jahren nicht auch behauptet, ihre Arbeitsvermittlung hätte riesige Erfolge?

gen, wie viele davon tatsächlich ausgebildete BerufsberaterInnen und als solche tätig sind, verschleiert die Verhältnisse. Die haushaltsmäßige Abwicklung von zahlreichen außerbetrieblichen Ausbildungs- und Berufsvorbereitungsmaßnahmen, die die BA im Auftrag von Bund und Ländern durchführt, bindet Personal. Diese MitarbeiterInnen betreuen aber nicht die Jugendlichen, wie von der BA behauptet wird, sondern die Träger dieser Maßnahmen. Nach Auskunft der BA gab es im August 2006 2.700 BerufsberaterInnen, 100 weniger als im Beratungsjahr 2003/2004. Gegenüber 1994 ist die Zahl um ein gutes Viertel gesunken.

liche Aufgabe der Berufsberatung ist, sind 7,9% am Gesamtaufwand der Organisationseinheit merkwürdig wenig. Um zu zeigen, wo das Geld hinfließt, habe ich die Zahlenangaben der BA nach „Berufsberatung im engeren Sinne“ und „Ausgaben für Ausbildungsmaßnahmen und Unterstützungsleistungen“ umsortiert.

Ausgaben für Berufsberatung im engeren Sinne 2003/2004	
Personalkosten Berufsberatung	270.000.000 €
Anteilige Sachkosten	57.000.000 €
Personalkosten Fachdienste (ÄrztInnen, PsychologInnen, Technischer Dienst)	26.000.000 €
Medien zur Berufsvorbereitung	38.000.000 €
Insgesamt	391.000.000 €
Nachrichtlich:	
Berufsberatung insgesamt	4.489.000.000 €
Beiträge zur Arbeitslosenversicherung (gegenwärtiger Beitragssatz: 6,5%)	47.211.000.000 €

Quelle: BA, Beratung 2006, Tabellenanhang; eigene Berechnungen.

Ausgaben für Ausbildungsmaßnahmen und Unterstützungsleistungen 2003/2004	
Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen nach § 61 SGB III	2.364.000.000 €
Förderung der Berufsausbildung benachteiligter Auszubildender	1.100.000.000 €
Berufsausbildungsbeihilfe	608.000.000 €
Bewerbungskosten und Mobilitätshilfen	26.000.000 €
Insgesamt	4.098.000.000 €

Quelle: BA, Beratung 2006, Tabellenanhang; eigene Berechnungen.

Bei der „Berufsberatung im engeren Sinne“ sind neben den Personal- und den damit verbundenen Sachkosten die Ausgaben für die Informationsmaterialien hinzuzählen. Die so errechnete Gesamtsumme beträgt 391 Mio. „Zu Buche schlagen“ somit weniger die Kosten der Berufsberatung i.e.S., als vielmehr mit 4,1 Mrd. die Zahlungen an Träger berufsvorbereitender Maßnahmen und außerbetrieblicher Ausbildungen. Hinzu kommen die Berufsausbildungsbeihilfe für Jugendliche, die diese Maßnahmen besuchen, und Zuschüsse für Bewerbungskosten und Mobilitätshilfen, beispielsweise für einen notwendigen Umzug oder für Fahrten zum Ausbildungsplatz. Die

Bundesagentur lastet hier Ausgaben der Berufsberatung an, die sie von der Bundesregierung und den Ländern erstattet bekommt. Allerdings werden ihr die Kosten der Verwaltung dieser Maßnahmen nicht ersetzt und sind aus Beitragsmitteln zu finanzieren (§ 363 SGB III). Die von mir für die Berufsberatung i.e.S. errechneten 391 Mio. sind also um diese Verwaltungskosten überhöht. Doch selbst 391 Mio. machen nur 0,83% der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung aus. Würde die Berufsberatung aus Steuermitteln bezahlt (schließlich berät sie auch Nicht-Sozialversicherungspflichtige und deren Kinder), könnten die viel zitierten Lohnnebenkosten um 0,05 Prozentpunkte

sinken. Dies ist einerseits nicht viel, andererseits würde es dem Bund auch nicht viel kos-

ten, die Berufsberatung aus Steuermitteln zu finanzieren.

Fehlstellen des Berichts

Lobenswert ist, dass die BA überhaupt wieder Daten zur Berufsberatung veröffentlicht. Mit verquerten Berechnungen und unhaltbaren Behauptungen aber schadet die BA ihrer Berufsberatung. Vor allem fehlt im Bericht der wesentliche Bereich berufsberaterischer Tätigkeit: die Beratung. Wir erfahren, dass „rund zwei Millionen“ (S. 6) um Rat nachgefragt haben, nicht aber, *wie* diese betreut wurden. Handelte es sich um Fünf-Minuten-Gespräche oder um eine Begleitung des Entscheidungsprozesses, z.B. durch frühzeitige, mehrmalige ausführliche Besprechungen, Vermittlungen in Betriebspraktika und gezielte Einladungen zu Vortragsveranstaltungen? Auch wird nicht ausgewiesen, wie sich die Anzahl von Einzelberatungen, Vortragsveranstaltungen, Seminaren, Arbeit mit Schulklassen und Eltern, Beteiligung an Berufsbildungsmessen und derlei Aktivitäten mehr entwickelt und wie viele Ratsuchende ein/e BeraterIn zu betreuen hat. Darüber, in welchen Berufen die Berufsberatung vorrangig versuchte die Jugendlichen unterzubringen, erfahren wir ebenfalls nichts. Desgleichen findet sich keine einzige Zeile zur Weiterentwicklung von Inhalten und Qualität der Aktivitäten und Informationsmaterialien. Der Europäische Rat formulierte 2004 in einer Entschließung als Ziel der allgemeinen und beruflichen Beratung, diese habe sicherzustellen „dass Einzelpersonen ihre Bildungs- und Laufbahnentscheidungen auf einer fundierten Grundlage treffen können und dass sie bei der Entwicklung der Fähigkeit, ihren Bildungs- und Berufsweg effizient selbst in die

Hand zu nehmen, unterstützt werden“. In einem Runderlass der BA aus dem Jahr 1993 finden sich ähnliche Formulierungen, so dass dieses Ziel für die bundesdeutsche Berufsberatung nicht neu ist.³ Erreicht die Berufsberatung dieses Ziel? Geht sie darüber hinaus auf die Kritik ein, dass sie den Auftrag der „Gleichstellung von Frauen und Männern“ (§ 1 SGB III) zuwider handelt (Ostendorf 2005)? Entmüllt sie ihre vergeschlechtlichten Informationsmaterialien und behebt sie die Wissensdefizite ihrer MitarbeiterInnen hinsichtlich der Eignung von Berufen und dessen, was Mädchen wollen? Interessiert hätte auch, welche Überlegungen es zu anderen, aktuell brennenden Problemen gibt. Was plant die Berufsberatung angesichts des dramatisch zurückgehenden Lehrstellenangebots? Welche Überlegungen gibt es dazu, dass – wie die jüngste PISA-Studie ermittelte – 40% der Kinder aus Migrantenfamilien, die hier geboren wurden(!), nicht die Basisqualifikationen für die Aufnahme einer Ausbildung haben? Beabsichtigt sie, entsprechende Programme aufzulegen, oder – was ja auch denkbar wäre – verweist sie auf die Zuständigkeit der Bundesländer, die mit ihrer Schulpolitik für diesen Skandal verantwortlich sind?⁴ Ich bin sicher, dass in den Berufsberatungen intensiv nach Lösungen gesucht wird. Anstatt dazu Ideen in die Diskussion einzubringen, verbreitet die BA verquere Zahlen zur „Vermittlungsleistung“. Diese nützen niemandem und bringen die Berufsberatung eher in Misskredit.

Wie der gesetzliche Auftrag in Vergessenheit geriet

Bei den aktuellen Organisationsreformen wird häufig auf die Empfehlungen der Hartz-Kommission verwiesen. Diese hat aber gar keine Vorschläge zur Neugestaltung der Berufsbera-

tung gemacht und erwähnt sie lediglich an wenigen Stellen. Die Berufsberatung sollte auch weiterhin „einen hohen Stellenwert“ haben (Kommission 2002: 107) und gemeinsam mit

der Reha-Beratung, dem Psychologischen und Ärztlichen Dienst dem „internen Dienst“ zugeordnet werden (ebd.: 193f.). Die Kommission konzentrierte sich entsprechend ihrem Auftrag auf Vorschläge zur Reform der Arbeitsvermittlung. Darüber hinaus – dies gehörte nicht zu ihrem Auftrag – regte sie neue arbeitsmarktpolitische Instrumente an, bei deren Durchführung die BA involviert sein würde. Die Umsetzung der Kommissionsvorschläge durch den Bundestag orientierte sich dann an den 13 Modulen, in die der Kommissionsbericht gegliedert ist. Auch die BA orientierte sich hieran, bemühte sich bspw. um ein leistungsfähigeres Computerprogramm und sortierte die so genannten KundInnen⁵ in unterschiedliche Gruppen. Das Bundesarbeitsministerium vergab anschließend umfangreiche Forschungsaufträge, die sich mit der Umsetzung der Hartz-Vorschläge, bzw. dessen, was Bundestag und Bundesrat daraus gemacht haben, beschäftigten. Auch diese orientierten sich in ihren Inhalten an den Modulen. Da „Berufsberatung“ aber nicht Thema der Module ist, war sie nicht Gegenstand der Umsetzung der Reformvorschläge und fand folglich auch keine Beachtung in den Evaluationsstudien.⁶ Im Bericht der Bundesregierung „zur Wirksamkeit moderner Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“, der die Evaluationen zusammenfasst, taucht die Berufsberatung dann nur als Vergangenheit auf. Und zwar wird festgestellt, dass es in der vorherigen Organisationsstruktur eine Abteilung mit diesem Namen gegeben hat (Bericht 2006: 27).

Diese Abteilung ist nun in die Organisationseinheit „U 25“ (unter 25-Jährige) eingeordnet und nicht, wie von der Kommission vorgeschlagen, dem „internen Dienst“ bzw. den „Fachdiensten“, wie dieser Bereich in den Arbeitsagenturen heute genannt wird. Gründe, warum es für unter 25-Jährige eine gesonderte Abteilung gibt, in der die Berufsberatung und die Arbeitsvermittlung für diese Personengruppe zusammengefasst wurden, sind nicht auszumachen. Ist die BA möglicherweise der Meinung, dass – spitz formuliert – alle, die im Anschluss an die Ausbildung keinen Arbeitsplatz finden, den falschen Beruf erlernt haben

und erneut eine berufliche Beratung benötigen, bzw. dass die Berufsberatung sie ehemals falsch beraten hat und nun nachbessern muss? Die Mehrheit derjenigen, die nach der Schule in eine betriebliche oder berufsfachschulische Ausbildung eingemündet sind, haben in diesem Alter ihre Berufsausbildung längst abgeschlossen und manche sogar schon ein Universitätsstudium. Was sollen sie also bei „U 25“? Andere wiederum sind älter, möchten sich aber beruflich umorientieren. Welche/r 40-Jährige käme schon auf die Idee, zu „U 25“ zu gehen? Die im neuen Namen zum Ausdruck kommende Begrenzung auf unter 25-Jährige widerspricht überdies dem gesetzlichen Auftrag, auch Erwachsene zu beraten. Zu Recht fordern BerufsberaterInnen in einer an den Vorstand der BA gerichteten Resolution – neben der Rücknahme organisationaler Veränderungen, die an den Bedürfnissen der Arbeitsvermittlung orientiert sind und die Arbeit der Berufsberatung behindern – die Wiedereinführung des Namens „Berufsberatung“ (Regionalgruppe 2005).⁷

Bei „U 25“ drängen sich Gedankenspiele auf. Namensgeber war, folgt man der Rangfolge bei *Google*, ein U-Boot der Kriegsmarine, das erhebliche Probleme mit der Tiefensteuerung gehabt haben soll und 1940 unterging.⁸ Probleme mit der Tiefensteuerung hat auch die Berufsberatung von U 25. Oder erfolgte die Umbenennung in kriegerischer Absicht um demnächst U 25 und mit ihr die Berufsberatung untergehen zu lassen, zumal eine gesonderte Abteilung für unter 25-Jährige ja keinen Sinn macht? Etwas, wo niemand hinschaut, ist geradezu dafür prädestiniert, dass Machteliten ungehindert ihre Interessen durchsetzen können. Mit einem minimalen Bruchteil der ca. 10 Mrd. Haushaltsüberschuss, die für dieses Jahr erwartet werden, bzw. der ca. 3,3 Mrd. davon, die durch Einsparungen erwirtschaftet wurden (Spiegel Online 2006), hätte die BA die Berufsberatung deutlich verbessern können. Am Geldmangel liegt es also nicht, wenn berufliche Beratung im Konzept der BA anscheinend nicht mehr vorgesehen ist. Sie passt nicht zu einer Geschäftsphilosophie, nach der die Arbeit der MitarbeiterInnen einen be-

triebswirtschaftlichen Nettoeffekt in Form von eingesparten Leistungsbezügen und hohen Beitragszahlungen erbringen muss (Bieber u.a. 2005: 69). In diesem Sinne „zählen“ nur die Ratsuchenden, die in eine sozialversicherungspflichtige, betriebliche Ausbildung eingemündet sind. Die Umdefinitionen von „Einmündung“ in „Vermittlung“ und von „außerbetriebliche“ in „betriebliche“ Plätze ist mehr als nur eine stümperhafte Interpretation der Daten: Sie sollen – gemessen am Kriterium betriebswirtschaftlicher Effektivität – die Arbeit der Berufsberatung in einem günstigen Licht erscheinen lassen.

Dabei aber wurde das Ziel der Berufsberatung neu definiert. Der gesetzliche Auftrag, Auskunft und Rat zu erteilen, und zwar unabhängig davon, ob eine Vermittlung stattfindet oder auch nur erwünscht ist, geriet aus dem Blick. An dessen Stelle trat die **Ausbildungsvermittlung** als einzig wichtiges Tätigkeitsfeld. Gemessen am gesetzlichen Auftrag sind aber nicht die Vermittlungserfolge das zentrale Effektivitätskriterium, sondern – analog zu den PISA-Studien – wäre bspw. die **Berufswahlkompetenz** der ehemals Ratsuchenden zu ermitteln. Hier wären dann vorrangig sozial- und erziehungswissenschaftliche Kenntnisse gefordert und weniger betriebswirtschaftliche von Roland Berger, McKinsey und Co., deren Handschrift der aktuelle Bericht zur Berufsberatung trägt. Entsprechend anders wäre auch bei einer weitergehenden Untersuchung der Effizienz vorzugehen. Im betriebswirtschaftlichen Sinne wäre sie mit Effektivität vergleichbar, und unterschiede sich nur darin, dass ein möglichst hoher „Verdienst“ für die BA herausspringt. (Die Vermittelten verdienen langfristig mehr, als diejenigen, die sich den Ausbildungsplatz selbst gesucht haben und zahlen daher mehr in die Arbeitslosenversicherung ein.) Wird aber der gesetzliche Auftrag „Auskunft und Rat“ zu erteilen als zentrale Messgröße genommen, könnte der Erfolg der Beratungsarbeit bspw. daran gemessen werden, ob Person A im Beruf X erfolgreich und zufrieden ist.⁹ Es gibt in der Tat, wie die Vorsitzende des Verbandes für Bildungs- und Berufsberatung (dvv) feststellt, einen „deutlichen

Handlungsbedarf, um die Erosion von Berufsberatung zu stoppen“ (Lohmann 2006: 15).



¹ Die Angaben des Berufsberatungsberichts widersprechen sogar denen des eigenen Geschäftsberichts. Im Berufsberatungsbericht wird angegeben, dass 49% der Ratsuchenden insgesamt in eine „betriebliche“ Ausbildung eingemündet sind (S. 6). Im Geschäftsbericht dagegen heißt es, 49% hätten eine Ausbildung „einschließlich außerbetrieblicher Ausbildungen nach SGB III und Sonderprogrammen des Bundes und zum Teil der Länder“ begonnen (BA Geschäftsbericht 2005: 65).

² 48% der MitarbeiterInnen waren 1994 entweder Führungskräfte, gehörten zum „Fachtechnischen Dienst“ (ÄrztInnen, PsychologInnen, Technischer Dienst) oder zählten zur Gruppe der SachbearbeiterInnen.

³ „Ziel beruflicher Beratung ist, im individuellen Kontakt Berufswählerinnen und Berufswähler bei ihren eigenverantwortlichen und sachkundigen Ausbildungs-, Studien- und Berufsentscheidungen zu unterstützen. Dies gilt für die Phasen vor, während und nach der Entscheidung“ (RdErl. 3/93: 5).

⁴ In einem Interview mit Spiegel-Online vom 15.9.2006 stellt der Vorstandsvorsitzende der BA die m.E. berechtigte Frage, ob es Aufgabe der Arbeitslosenversicherung sei, diesen Zustand zu reparieren und fordert, dass früher interveniert werden müsse. Seine Schlussfolgerung: „Berufsberatung in die Schule zu verlegen, weil das billiger und wirksamer ist“, ist jedoch nicht nachvollziehbar: Schulische Lehrkräfte sind nicht billiger sondern teurer als die BerufsberaterInnen der BA. Außerdem fehlt es diesen Jugendlichen weniger an Berufsberatung als an Ausbildungsreife.

⁵ Mit „KundInnen“ bezeichnet die BA die Mitglieder der Arbeitslosenversicherung, also ihre ArbeitgeberInnen.

⁶ Eine Ausnahme bildet die Studie zum organisatorischen Umbau, die darauf hinweist, dass „aus Sicht der Berufsberatung (...) auch der ‚mechanistische‘ Ansatz der Handlungsprogramme (...) dem bisherigen, professionell geprägten Beratungsverständnis der Berufsbe-

ratung zuwiderlaufe“ (Bieber u.a. 2005: 124). Die Untersuchung stellt den „Systemgeschäftsansatz“ der Reformen, die Adressierung standardisierter Handlungsprogramme an standardisierte Marktsegmente analog zur Geschäftspolitik privatwirtschaftlicher Vertriebsorganisationen wie Banken, Versicherungen und Versandhäuser in Frage. Die Suche nach alternativen Optionen könne durch „Einblicke in die professionelle Beratungspraxis der Berufsberatung“ angereichert werden (ebd.: 221). Dennoch beschäftigt sich auch diese Studie nicht mit dem Verbleib der Organisationseinheit „Berufsberatung“ und den spezifischen Folgen, die die festgestellte Verschiebung von einer Orientierung an Individuen zu einer Orientierung an Systemerfordernissen für die berufliche Beratung hat. Die Berichte zur „Evaluation der Maßnahmen zur Umsetzung der Vorschläge der Harz-Kommission“ sind unter www.bmas.de abrufbar.

Literatur:

Bieber, Daniel u.a. (2005): Organisatorischer Umbau der Bundesagentur für Arbeit. Evaluation der Maßnahmen zur Umsetzung der Vorschläge der Hartz-Kommission. Arbeitspaket 2. <http://www.bmas.bund.de/BMAS/Navigation/Service/suche,did=127970.html>.

Bericht (2006): Bericht 2005 der Bundesregierung zur Wirksamkeit moderner Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, BTDruckS 15/98, 1.2.2006.

Bundesagentur für Arbeit (2004): Berufsberatung. Aktivitäten, Ausbildungsstellenmarkt. Schulabgänger 2002/2003. Nürnberg.

Bundesagentur für Arbeit (2005): Geschäftsbericht 2004. Nürnberg.

Bundesagentur für Arbeit (2006): Beratung, Vermittlung, Förderung von Schulabgängern. Schulabgänger 2003/2004. Nürnberg.

Bundesministerium für Bildung und Forschung. Berufsbildungsbericht. Fortlaufende Nummern. Bonn/Berlin.

EU-Ministerrat (2004): Entschließung Nr. 9286 des Rates der Europäischen Union und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedsstaaten vom 28.05.2004. Ausbau der Politiken, Systeme und Praktiken auf dem Gebiet der lebensbegleitenden Beratung in Europa.

Hilke, Reinhard; Hustedt, Henning (1992): Eignung für Ausbildung und Beruf. In: Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): Handbuch zur Berufswahlvorbereitung. Ausgabe 1992. S. 106-127.

Infas (2004): Akzeptanz der Bundesagentur für Arbeit. Nullmessung im Jahr 2004. Ergebnisbericht.

Kommission (2002): „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“: Vorschläge der Kommission zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zur Umstrukturierung der Bundesanstalt für Arbeit. Berlin.

Lohmann, Birgit (2006): Berufsberatung – steigender Bedarf und Gefährdung des Angebots. Rede zur Anhörung des Deutschen Verbandes für Bildungs- und Berufsberatung e.V. In: Informationen für die Bildungs- und Berufsberatung (iBB), SH 3, S. 8-15: <http://www.kohnpage.de/iBB/S-03.pdf>.

Meyer-Haupt, Klaus (1995): Berufsberatung. Stuttgart/Berlin/Köln (2. Auflage).

Mosley, Hugh; Speckesser, Stefan (1997): Market Share and Market Segment of Public Employment Services. Discussion Paper FS I 97-208. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Ostendorf, Helga (2005): Steuerung des Geschlechterverhältnisses durch eine politische Institution. Die Mädchenpolitik der Berufsberatung. Opladen.

Prenzel, Manfred u.a. (2004): Pisa 2003. Der Bildungsstand der Jugendlichen in Deutschland – Ergebnisse des zweiten internationalen Vergleichs. Münster.

Regionalgruppe Baden-Württemberg, Vorstand (2005): Resolution. In: Informationen für die Bildungs- und Berufsberatung (iBB), Nr. 14/2006, S. 19-21: <http://www.kohnpage.de/iBB/14.pdf>.

Runderlass 3/93 „Berufliche Beratung – Fachliche Anweisungen“. In: Dienstblatt der Bundesanstalt für Arbeit.

Spiegel-Online 2006: Bundesagentur-Chef Weise. „Unsere Vermittler müssen verstehen, wie Firmen ticken“: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,437226,00.html>.

⁷ Diese Resolution wurde von 978 BeraterInnen aus dem gesamten Bundesgebiet unterschrieben.

⁸ Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/U-Boot_Klasse_I. Noch Anfang September 2006 taucht bei Google an erster Stelle ein Hinweis auf das U-Boot auf, gefolgt von einigen, wenigen Hinweisen auf U 25 der BA. Anschließend folgt wieder das U-Boot. D.h., der BA muss bei der Namensgebung bekannt gewesen sein, dass sie die Abteilung nach einem U-Boot benennt.

⁹ Dieses Kriterium wurde von Reinhard Hilke und Henning Hustedt ehemals für die berufsberaterische Eignungsfeststellung entwickelt: Hilke/Hustedt 1992: 109.

Menschen mit Migrationshintergrund - Was macht eigentlich die BA?

Kommentar von Heinrich Alt,
Vorstand Operativ der Bundesagentur für Arbeit (BA)

Quelle: Forum Migration Oktober 2006

Zunächst herrscht Verwirrung – wovon reden wir eigentlich? Jeder weiß, wer gemeint ist, aber niemand erfasst diesen Personenkreis. Ausländer, Aussiedler oder Asylbewerber sind statistisch auszuweisen; aber wer einen deutschen Pass besitzt, verschwindet aus allen einschlägigen Statistiken, auch wenn er typische Migrationsprobleme wie Sprachdefizite hat. Auch haben beileibe nicht alle Aussiedler und Ausländer Integrationsschwierigkeiten. Und die migrationsbedingten Vorteile, die nimmt kaum jemand zur Kenntnis.

Was wir erkannt haben: Ausländer sind stärker von Arbeitslosigkeit betroffen, nehmen seltener an Qualifizierungs- und Trainingsmaßnahmen teil, partizipieren unterdurchschnittlich an beruflicher Erstausbildung, haben ein zu geringes Qualifizierungsprofil. Was wir aber nicht genau wissen: Sind es migrationspezifische, soziale, qualifikatorische, geschlechtsspezifische oder agenturinterne Defizite, die zu diesen Ergebnissen führen? Deshalb verfolgen wir in der Bundesagentur vier Strategien, die Licht in den Tunnel bringen und den Betroffenen eine bessere Integration in den Arbeitsmarkt ermöglichen sollen:

Individuelles Fallmanagement und individualisierte Handlungsprogramme

Nicht zielgruppenspezifische, sondern am individuellen Handlungsbedarf orientierte Strategien helfen wirklich, dem Ziel einer beruflichen Qualifizierung und Integration näher zu kommen. Bei migrationspezifischem Handlungsbedarf, der über ein gutes Fallmanagement mit entsprechendem *Profiling* festge-

stellt ist, sollen die diesem entsprechenden Angebote unterbreitet werden. Durch ein *Controlling* der Ergebnisse, das zielgruppenspezifische Betrachtung umfasst, soweit dies die Statistik zulässt, wird transparent, ob Benachteiligungen bestehen bleiben oder abgebaut werden. Letzteres ist unser erklärtes Ziel.

Bei eindeutigen Problemlagen Rückgriff auf Sonderprogramme

Die fehlenden Ausbildungsplätze für jugendliche Schulabgänger mit Migrationshintergrund sind ein gutes Beispiel für ein solches Sonderprogramm, das in den Jahren 2006 und 2007 mindestens 7.500 zusätzliche überbetriebliche Ausbildungsplätze für diesen Personenkreis zur Verfügung stellt.

Nutzung der Kompetenz Dritter in Netzwerken

Um den Weg in die Arbeitsagentur oder Arge zu finden, gibt es zahlreiche Barrieren für Migranten. Spezifische Träger, kommunale Einrichtungen oder nationale *Communities* haben oft besseren Zugang zu dieser Gruppe. Wir lassen uns aktiv in Netzwerke wie das IQ-Netzwerk oder in lokale EQUAL-Aktivitäten einbinden, um gemeinsam zu besseren Lösungen zu kommen.

Interkulturelle Kompetenz der eigenen Mitarbeiter ausbauen

Die Bundesagentur für Arbeit ist dem Grundsatz eines „*Diversity-Managements*“ durch

Vorstandsbeschluss verpflichtet. Interkulturalität ist ein wesentlicher Baustein dieser Verpflichtung. In der Personalrekrutierung findet dies ebenso seinen Niederschlag wie in einer kontinuierlichen modularen Schulung der vor-

handenen Mitarbeiter auf allen Ebenen. Auch wenn dieser Weg erst mittelfristig Veränderungen und Erfolge verspricht, wird er zielstrebig fortgesetzt.

Programm zur Einstiegsqualifizierung Jugendlicher wird verlängert

Quelle: Pressemitteilung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 27. September 2006

Zum Beschluss des Bundeskabinetts über das Sonderprogramm Einstiegsqualifizierung Jugendlicher erklärt das Bundesministerium für Arbeit und Soziales:

Das Programm zur Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (EQJ) wird um ein Jahr verlängert und ab Oktober 2006 von 25.000 auf 40.000 Plätze aufgestockt. Damit werden die Zusagen der Bundesregierung im Ausbildungspakt übertroffen.

Mit dem EQJ-Programm soll Jugendlichen mit erschwerten Vermittlungsperspektiven der Zugang in Ausbildung erleichtert werden. Als Brücke in die Berufsausbildung wird die Teilnahme an einer sechs- bis zwölfmonatigen betrieblichen Einstiegsqualifizierung gefördert. Den Betrieben werden die monatliche Praktikumsvergütung für die Jugendlichen sowie die pauschalierten Gesamtsozialversicherungsbeiträge von den Agenturen für Arbeit erstattet. Die Jugendlichen erwerben ein Zertifikat, das von den Kammern ausgestellt wird.

Bereits im ersten Paktjahr 2004/2005 gab es 17.763 Eintritte in das EQJ-Programm. 2005/2006 wurde die zugesagte Platzzahl von

25.000 mit 31.718 Eintritten deutlich übertroffen. Die Ergebnisse der Begleitforschung zeigen, dass das EQJ-Programm von Betrieben und Jugendlichen positiv aufgenommen wird. Der gewünschte "Klebeffekt" ist in vielen Fällen eingetreten: Jugendliche, die in einem Unternehmen eine Einstiegsqualifizierung durchlaufen, haben große Chancen, danach im selben Unternehmen auch eine Ausbildung zu beginnen. 57 Prozent der Jugendlichen absolvieren im Anschluss an eine Einstiegsqualifizierung eine Berufsausbildung.

Die Finanzierung der zusätzlichen Plätze für die Einstiegsqualifizierung Jugendlicher ist durch eine Umschichtung von Mitteln im Haushalt des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales gewährleistet.

Die beschlossene Aufstockung und Verlängerung des Programms ist ein weiterer Beitrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zum Gelingen des Ausbildungspakts und wird bisher noch unversorgten Jugendlichen beim Einstieg in die Berufsausbildung zu Gute kommen.

Positionspapier der Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit zum Jugendwohnen

Bonn, den 21. September 2006

1. Ziele des Jugendwohnens

Sonja, 18 Jahre, aus Celle: „Ich habe an meinem Heimatort keinen Ausbildungsplatz gefunden und bin nach langem Suchen in Köln untergekommen. Meine Eltern sind froh, dass ich im Jugendwohnheim wohne. Ohne die Pädagogen dort hätten sie mich nicht so weit weg gehen lassen.“

Viele junge Menschen müssen heute – wie Sonja – ihre Ausbildung oder einen Teil davon weit weg von ihrem Elternhaus, von ihrem Heimatort absolvieren. Sie müssen mobil sein, um auf dem Ausbildungsmarkt überhaupt eine Chance zu haben.

Für diese jungen Menschen gibt es die Angebote des Jugendwohnens. In den unterschiedlichen Wohnformen des Jugendwohnens lernen die jungen Menschen, selbständig zu leben. Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen unterstützen und fördern sie bei ihrer sozialen und beruflichen Integration und sind AnsprechpartnerInnen bei allen Sorgen, Nöten und Problemen, sie helfen den Jugendlichen bei der Bewältigung ihres Alltages und bieten ihnen vielfältige Angebote für die Freizeit. Die Jugendlichen werden in der Aneignung lebenspraktischer Fähigkeiten gefördert und üben auch durch das Zusammenleben mit Gleichaltrigen soziales Handeln ein. Das Jugendwohnen vermittelt wertvolle Schlüsselkompetenzen.

Kurz gesagt: Jugendwohnen bietet jungen Menschen Auswärts ein Zuhause... und vieles mehr!

Für wen kommt Jugendwohnen in Frage?

In Anspruch nehmen können dieses Angebot alle jungen Menschen bis 27 Jahren, die z. B. zur Unterstützung ihrer Mobilität einer sozialpädagogisch begleiteten Wohnform bedürfen, also

- eine Berufsausbildung absolvieren,
- eine berufliche Orientierung durchlaufen,
- sich in der Vorbereitung zur Aufnahme einer schulischen oder beruflichen Ausbildung befinden (z. B. berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme),
- als BlockschülerInnen auswärts untergebracht werden müssen,
- in einer schwierigen persönlichen Lebenslage besondere Hilfen und Angebote benötigen,
- als MigrantInnen auf spezifische Integrationshilfen angewiesen sind,
- ohne Arbeit und/oder Wohnung sind und ohne Hilfe keine Perspektive entwickeln können.

Das Jugendwohnen kommt aber nicht nur den betroffenen jungen Menschen zugute. Es bietet auch Vorteile für ihre *Eltern*, in dem es ihnen einen Teil der Sorge um das in der Fremde lebende Kind nimmt. Sie wissen, dass ihr Kind nicht auf sich alleine gestellt ist, dass die Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen vor Ort ihnen zur Seite stehen und sie unterstützen. Das Jugendwohnen nimmt den Eltern die Sorgen.

Auch für die *Ausbildungsbetriebe* ist es von Vorteil, wenn ihre Auszubildenden in einem

Jugendwohnheim wohnen. So brechen Jugendliche, die in Einrichtungen des Jugendwohnens untergebracht sind, ihre Ausbildung kaum bis nie ab.¹

Das Jugendwohnen eröffnet den Ausbildungsbetrieben zudem die Möglichkeit, ihre freien Stellen überregional zu besetzen. Es erschließt den Betrieben dadurch ein zusätzliches Potential an Auszubildenden und den Jugendlichen ein zusätzliches Potential an unbesetzten Ausbildungsstellen.

Aufgrund der sozialpädagogischen Begleitung in den Einrichtungen erfahren die jungen Auszubildenden rechtzeitig professionelle Hilfe und Unterstützung bei allen im Zusammenhang mit ihrer Ausbildung auftretenden Problemen. Die Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen helfen den jungen Menschen bei der Überwindung mangelnder Ausbildungsreife und suchen in Kooperation mit den Betrieben, Schulen und Kammern nach Lösungen bei auftretenden Ausbildungskonflikten.

Die gesamtgesellschaftliche Dimension des Jugendwohnens

Das Jugendwohnen hat eine gesamtgesellschaftliche Dimension, denn es

- fördert Mobilität als Voraussetzung für einen regionalen und überregionalen Ausgleich
- auf dem Ausbildungsmarkt,
- erhöht die Chancen Jugendlicher nach Realisierung ihres Berufswunsches,
- hilft bei der Integration benachteiligter Jugendlicher in das Berufsleben,
- eröffnet berufliche Start- und Integrationsmöglichkeiten für Mädchen und Jungen mit Migrationshintergrund,
- stellt einen Standortvorteil für Kommunen dar,
- fördert die vorhandenen Kompetenzen junger Menschen, kompensiert soziale Defizite und verhindert unterwertige Beschäftigung und Ausbildungsabbrüche,
- schafft Zukunftsfähigkeit für Betriebe und Unternehmen,
- sichert die duale Ausbildung,
- verhindert Folgekosten z. B. der Sozialhilfeträger und
- leistet einen Beitrag zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit.

Die Freien Träger der Jugendhilfe und Jugendsozialarbeit verfügen über 300 Jugendwohnheime bundesweit mit 20.000 Plätzen. Jährlich finden hier rund 60.000 junge Menschen eine Bleibe – sei es für die gesamte Dauer ihrer Ausbildung oder nur während des Blockunterrichts. Rechtliche Grundlage für das sozialpädagogisch begleitete Jugendwohnen ist § 13 (3) SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz).

¹ Im Berufsausbildungsbericht 2005 wird davon gesprochen, dass jeder 4. bis 5. Ausbildungsvertrag vorzeitig gelöst wird. Erfahrungen der Träger der Jugendsozialarbeit zufolge sind es vor allem die jungen Menschen, die einen Ausbildungsplatz in einer anderen Stadt aufnehmen und dort in eine eigene Wohnung ohne irgendwelche Begleitung ziehen, die ihre Ausbildung bereits zu einem frühen Zeitpunkt wieder abbrechen.

2. Aktuelle Herausforderungen des Jugendwohnens

Das Jugendwohnen sieht sich aktuell vielfältigen Herausforderungen gegenüber.

Eine Förderung aus Mitteln der Bundesagentur für Arbeit und von Seiten der Bundes- und Länderebene nach § 13 (3) SGB VIII sowie Fördermittel für bauinvestive Kosten oder Zuschüsse für pädagogisches Personal seitens des Bundes gibt es nicht mehr. Länder und Kommunen ziehen sich zunehmend aus der Mitfinanzierung dieser Angebote zurück. Zuletzt wurden in Nordrhein-Westfalen, in Baden-Württemberg und Bayern die Landesförderungen für die sozialpädagogische Begleitung in Einrichtungen des Jugendwohnens eingestellt, d.h. das Jugendwohnen finanziert sich mittlerweile fast ausschließlich aus den Beiträgen der jungen Menschen, die entweder als SelbstzahlerInnen in den Einrichtungen wohnen oder Berufsausbildungsbeihilfe (§ 65 (3) SGB III) beziehen. Die Kosten für das Jugendwohnen sind alleine aus den Einkünften der jungen Menschen nicht zu bestreiten, zumal einige Arbeitsagenturen die Kosten für die sozialpädagogische Begleitung nicht über die Berufsausbildungsbeihilfe finanzieren. Dies ist vor allem bei minderjährigen jungen Menschen problematisch, für die die Heimverord-

nungen eine Begleitung vorschreiben. Dazu kommt, dass die früher nahezu selbstverständliche ideelle und finanzielle Unterstützung seitens der Unternehmen und Betriebe in den letzten Jahren ebenfalls weg gebrochen ist.

Die schwierige finanzielle Situation hat die Träger dazu gezwungen, viele Einrichtungen zu schließen oder Personalstellen zu reduzieren. Einige Einrichtungen haben ihren Nutzungszweck verändert und bieten statt des Jugendwohnens nun stationäre Hilfen zur Erziehung an – und das, obwohl die aktuelle Situation auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt immer mehr junge Menschen zwingt, einen Ausbildungsplatz in einer anderen Stadt oder einem anderen Bundesland aufzunehmen. Dazu kommt, dass von jungen Menschen auch europaweit eine größere Mobilitätsbereitschaft gefordert wird. Die Nachfrage nach Plätzen in Einrichtungen des Jugendwohnens ist aus diesem Grund groß, kann aber aufgrund der schwierigen Situation des Jugendwohnens nicht immer gedeckt werden, wenn Plätze fehlen und die Finanzierung unklar ist.

3. Antworten auf die aktuellen Herausforderungen

Um das Jugendwohnen zukunftsfähig zu machen und die Angebote für die jungen Menschen, für ihre Eltern und für die Ausbildungsbetriebe in ausreichendem Maße nachhaltig zu sichern, bedarf es einer Planungssicherheit durch gesetzliche Grundlagen und Definition sowie durch finanzielle Absicherung.

Bund, Länder und Kommunen müssen mit dazu beitragen, dass auch sozial benachteiligte und individuell beeinträchtigte junge Menschen in erforderlichem Maße mobil sein können und ihre Freiheit bei der Berufswahl behalten.

Von Seiten der *Bundesagentur für Arbeit* sollte sichergestellt werden, dass

- über die Berufsausbildungsbeihilfe (§ 65 (3) SGB III) nicht nur Unterkunft und Verpflegung, sondern auch die sozialpädagogische Begleitung, die keine erzieherische Hilfe ist, als Teil des Regelangebotes von Jugendwohnen finanziert wird,
- über die Berufsausbildungsbeihilfe die zwischen den Einrichtungen des Jugendwohnens und den Jugendämtern ausgehandelten Leistungsentgelte im Rahmen der §§ 77 ff. SGB VIII als amtliche Kosten des Jugendwohnens tatsächlich in die Berechnung der anererkennungsfähigen Kosten der Ausbildung einbezogen werden,

- das Instrument des § 252 SGB III ausgebaut und ausgeweitet wird,
- über die Berufsausbildungsförderung hinaus weitere Mittel aus der Arbeitsmarktförderung zur Verfügung stehen, um die Mobilität der jungen Menschen in gebotener Maße flankieren zu können.

Die *Bundesländer* sollten

- ihren Rückzug aus der Förderung sozialpädagogisch begleiteten Jugendwohnens revidieren und eine angemessene Förderung in Form institutioneller Zuwendung über ihre Kinder- und Jugendpläne sicherstellen,

- in den Länderhaushalten Mittel für eine Förderung des Jugendwohnens einzustellen.
- Einzelne *Unternehmen, Verbände und Zusammenschlüsse der Wirtschaft* sollten sich zukünftig an den Kosten der Einrichtungen des Jugendwohnens angemessen beteiligen. Für die örtlichen Betriebe ist die Unterbringung ihrer Auszubildenden in Einrichtungen des Jugendwohnens ein Garant dafür ist, dass die Ausbildung erfolgreich abgeschlossen und während der Ausbildung auftretende persönliche oder mit der Ausbildung in Zusammenhang stehende Schwierigkeiten professionell bekämpft werden.

4. Fazit

Seit nunmehr über 150 Jahren gibt es Einrichtungen des Jugendwohnens. Von Beginn an haben diese in erheblichem Maße zur beruflichen und sozialen Integration junger Menschen beigetragen. Sie leisten vor diesem Hintergrund einen wesentlichen Beitrag für die jungen Menschen, die Wirtschaft und unsere Gesellschaft.

Damit junge Menschen auch zukünftig Unterstützung bei ihrer Mobilität erhalten und bezahlbaren Wohnraum mit pädagogischer Begleitung nutzen können, bedarf es einer gemeinsamen Anstrengung aller Beteiligten – der Freien Träger der Jugendsozialarbeit, der Einrichtungen des Jugendwohnens, der politischen Entscheidungsträger auf allen Ebenen, der Gewerkschaften, der Kirchen, der Arbeitsverwaltung sowie der Wirtschaft.

Berliner Rede von Bundespräsident Horst Köhler in der Kepler-Oberschule in Berlin-Neukölln

Berlin, 21. September 2006

I. Im vergangenen Jahr erreichten in Deutschland 80.000 Jungen und Mädchen keinen Schulabschluss. Es fehlen Ausbildungsplätze - in diesem Herbst wahrscheinlich 30.000. Klingt Ihnen das zu abstrakt? Dann nehmen Sie das Beispiel dieser Schule, der Kepler-Oberschule in Berlin-Neukölln: Am 4. Juli haben hier 51 Schüler ihr Abschlusszeugnis bekommen. Nur einer von ihnen - ich wiederhole: EINER - hatte zu diesem Zeitpunkt eine Lehrstelle gefunden.

Weiter: In Deutschland erwerben vergleichsweise wenig junge Menschen die Hochschulreife, und zu wenige schließen ein Studium ab. Andere Nationen wandeln sich mit Begeisterung zu Wissensgesellschaften, in denen Lernen und Können als Auszeichnung gelten - Deutschland tut sich schwer damit.

Wir hören von Schulen, in denen Gleichgültigkeit, Disziplinlosigkeit, ja Gewalt den Alltag bestimmen. Auch dadurch verliert unser Land intellektuell und sozial jedes Jahr einen Teil seiner jungen Generation.

Und: Ein Kind aus einer Facharbeiterfamilie hat im Vergleich zu dem Kind eines Akademikerpaars nur ein Viertel der Chancen, aufs Gymnasium zu kommen. Die Ursachen dafür mögen vielschichtig sein; der Befund ist beschämend. Bildungschancen sind Lebenschancen. Sie dürfen nicht von der Herkunft abhängen. Darum werde ich immer auf der Seite derer sein, die leidenschaftlich eintreten für eine Gesellschaft, die offen und durchlässig ist und dem Ziel gerecht wird: Bildung für alle.

II. Auf dieses Ziel müssen wir hinarbeiten. Und es gibt ja viel Gutes, an das wir anknüp-

fen können. Engagierte Pädagogen machen immer noch das Beste auch aus schwierigen Bedingungen, und deutsche Schulen, Universitäten und Forschungseinrichtungen bringen immer noch Spitzenleistungen hervor. Aber mit "immer noch" dürfen wir uns nicht länger zufrieden geben. Gerade in Sachen Bildung müssen wir im Interesse aller viel ehrgeiziger sein. Konzentrieren wir uns also auf das Wesentliche. Konzentrieren wir uns auf Bildung.

Deutschland steht nicht zum ersten Mal vor einer solchen Herausforderung. Vor 200 Jahren half Wilhelm von Humboldt, sein Land - Preußen - aus Rückständigkeit und Unfreiheit zu führen. Er entwickelte ein neues Bildungsideal, er weckte Begeisterung dafür und er entwarf ein Bildungswesen auf der Höhe der Zeit. Das schuf zugleich die Grundlagen für den Aufstieg Deutschlands zu einer der führenden Wissenschaftsnationen. Klare Bildungsziele, ein Klima der Bildungsfreude und ein modernes Bildungswesen - diesen Dreiklang brauchen wir heute wieder.

III. Gute Bildung stellt den ganzen Menschen in den Mittelpunkt. Diese Erkenntnis finden wir bei Humboldt und Kant, bei Goethe und Pestalozzi. Der Blick auf das Individuum - das muss auch heute unser Ausgangspunkt sein. Gute Bildung geht nicht in erster Linie von gesellschaftlichen Bedürfnissen oder den Anforderungen der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes aus. Zuerst hilft gute Bildung uns, das zu entwickeln, was in jedem einzelnen von uns steckt; was uns von Gott gegeben ist.

Dieser Weg steht allen offen - dem Hauptschüler genauso wie dem Abiturienten, dem Jugendlichen genauso wie dem Rentner. Jeder kann etwas, und jeder braucht die Chance, sich durch Bildung weiter zu entwickeln und

mehr aus dem eigenen Leben zu machen. Bildung bedeutet nicht nur Wissen und Qualifikation, sondern auch Orientierung und Urteilskraft. Bildung gibt uns einen inneren Kompass. Sie befähigt uns, zwischen Wichtig und Unwichtig und zwischen Gut und Böse zu unterscheiden.

Bildung hilft, die Welt und sich selbst darin kennen zu lernen. Aus dem Wissen um das Eigene kann der Respekt für das Andere, das Fremde wachsen. Und sich im Nächsten selbst erkennen, heißt auch: fähig sein zu Empathie und Solidarität. Bildung ohne Herzensbildung ist keine Bildung.

Erst wenn Wissen und Wertebewusstsein zusammenkommen, erst dann ist der Mensch fähig, verantwortungsbewusst zu handeln. Und das ist vielleicht das höchste Ziel von Bildung.

Gute Bildung ist und bleibt für den Einzelnen auch die wichtigste Voraussetzung für gesellschaftliche Anerkennung und berufliches Fortkommen. Zwar bietet selbst Bildung keinen absoluten Schutz vor den Risiken am Arbeitsmarkt. Aber die Berufs- und Beschäftigungschancen eines Menschen steigen, je besser er gebildet und ausgebildet ist. Gute Bildung ist deshalb eine besonders wirksame Form der sozialen Absicherung.

Übrigens ist auch Demokratie auf Bildung angewiesen. Unsere freiheitliche Gesellschaft lebt davon, dass mündige Bürgerinnen und Bürger Verantwortung für sich und für das Gemeinwohl übernehmen. Eine Diktatur kann sich ungebildete Menschen leisten - nein: sie wünscht sich die sogar. Eine Demokratie dagegen braucht wache und interessierte Bürger, die Ideen entwickeln und Fragen stellen. Wo die Staatsgewalt vom Volk ausgeht, da kann es nicht gleichgültig sein, in welcher geistigen Verfassung sich das Volk befindet. Und: Wer Populisten, Extremisten und religiösen Fanatikern widerstehen soll, braucht dafür Bildung.

Auch darum ist das Bildungswesen Sache des ganzen Volkes. In den Familien, im Kindergar-

ten, in der Schule, der Lehrwerkstatt und der Universität entscheidet sich, in welcher Gesellschaft wir künftig zusammenleben: Wir wünschen uns doch eine offene und tolerante Gesellschaft. Wir wollen doch unter Mitbürgern leben, die gerechtigkeitsliebend, wissbegierig und kreativ sind, die Ideen haben und bereit sind, Verantwortung zu übernehmen. Es liegt zu einem großen Teil an uns selbst, ob sich dieser Wunsch erfüllt.

IV. Unsere Fähigkeiten und unser Wissen, unser Einfallsreichtum und unsere Kreativität sind die wichtigste Ressource, die wir in Deutschland haben. Der globale Wettbewerb ist längst ein Wettbewerb der Bildungssysteme. Und da zählt eben auch, wie lange eine Ausbildung dauert und wie alt zum Beispiel ein Akademiker ist, wenn er seine erste Stelle antritt. In der Welt von heute ist es nicht gleichgültig, ob junge Menschen in ihrer Heimat gute Lern- und Arbeitsbedingungen finden - oder ob sie die lieber im Ausland suchen. In der Welt von heute ist es nicht gleichgültig, ob ein Land seinen Bedarf an Facharbeitern, Ingenieuren und Naturwissenschaftlern selbst heranbilden kann - oder ob es in diesen Schlüsseldisziplinen auf Zuwanderung von außen hoffen muss.

Und es ist nicht gleichgültig, ob Menschen in einem Land auch nach der Berufsausbildung systematisch weiterlernen oder eher nicht. Mit der Entwicklung in Wissenschaft und Technik hat sich unser Wissen rasant vermehrt. Gleichzeitig verlieren Kenntnisse und Fähigkeiten, die gestern noch richtig und wichtig waren, immer schneller an Bedeutung. Umso wichtiger ist es, das Lernen selbst zu lernen, damit man sein Wissen immer wieder auffrischen und erneuern kann. Lernen ist mehr denn je eine Lebensaufgabe.

Ich weiß, das sagen viele. Aber viel zu wenige handeln auch danach. In Deutschland nehmen nur etwa 12 Prozent der Menschen im Erwerbsalter an beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen teil. In den meisten vergleichbaren Staaten liegt dieser Anteil deutlich höher. Ha-

ben Politik und Wirtschaft sich dem Thema Weiterbildung wirklich schon gründlich genug gewidmet? Und hat wirklich schon jede und jeder von uns begriffen, wie groß die Herausforderung "Lebenslanges Lernen" ist?

V. In Deutschland leben über 15 Millionen Menschen mit ausländischen Wurzeln. Die Hälfte davon hat einen deutschen Pass. Heute hat jedes vierte Neugeborene in Deutschland mindestens einen ausländischen Elternteil; in wenigen Jahren werden etwa 40 Prozent der Menschen in Deutschlands Großstädten eine Migrationsgeschichte haben. Jeder von ihnen prägt unser Land mit. Auch das macht Deutschland aus. Also geht es schlicht um die Frage, wie wir unsere gemeinsame Zukunft gestalten.

Und da geht es eben uns alle an, dass fast jeder fünfte ausländische Jugendliche die Schule ohne Abschluss verlässt, dass vier von zehn jungen Menschen mit Migrationshintergrund keine abgeschlossene Berufsausbildung haben und dass die Chance, eine qualifizierte Ausbildung zu bekommen, für ausländische Jugendliche nur halb so hoch ist wie für deutsche. Die Folgen sind bekannt: Die Arbeitslosenquote der Ausländer in Deutschland ist doppelt so hoch wie die der Einheimischen. Das sind keine guten Voraussetzungen für den Zusammenhalt und den wirtschaftlichen Erfolg unserer Gesellschaft.

Integration fordert beide Seiten. Unsere Gesellschaft muss Zuwanderern gute Bildungschancen bieten, und die Zuwanderer müssen sich im Klaren darüber sein, was auf ihrer Seite den Bildungserfolg fördert. Zum Beispiel zeigen Untersuchungen, dass eine gute Leseleistung von Schülern, deren Eltern zugewandert sind, sehr davon abhängt, dass in ihren Familien Deutsch gesprochen wird. Und von den Deutschkenntnissen und der Lesekompetenz der Kinder hängt dann wiederum entscheidend ab, wie gut sie in der Schule insgesamt mitkommen. Das heißt doch: Eltern hier in Deutschland, die ihren Kindern im Leben Erfolg wünschen, sprechen mit ihnen Deutsch -

nicht unbedingt nur Deutsch allein, aber jedenfalls auch Deutsch. Und Eltern, die selber noch nicht Deutsch können, die lernen es - aus eigenem Interesse und um ihrer Kinder willen. Angebote dafür gibt es. Und wo sie noch fehlen, da müssen sie geschaffen werden. Aber an dieser gemeinsamen Anstrengung führt kein Weg vorbei.

VI. Was brauchen wir, um in unserem Land mehr und bessere Bildung zu erreichen?

Erstens: Bildung braucht Anerkennung! Wer jungen Menschen Bildung vermittelt, hat Achtung und Unterstützung verdient. Und wer mit Freude lernt und sich mit Eifer neues Wissen aneignet, hat Anspruch auf Wertschätzung und Respekt. Anerkennung: Das ist immer noch der stärkste Motivationsfaktor.

Bildung braucht zweitens Anstrengung! Um etwas zu lernen - ob nun eine Mathematikformel oder ein Musikinstrument, ob Judo oder Vokabeln - braucht man Zielstrebigkeit, Übung und Ausdauer. Das macht nicht immer Spaß, aber die Mühe wird meist belohnt - mit der Freude am Erfolg. Diesen Zusammenhang kennt jeder von uns; aber beim Thema Bildung ist er zunehmend vernachlässigt worden - auch darum verlieren viele in Schule und Ausbildung zu schnell den Mut und geben auf. Es muss wieder deutlicher werden: Ja, Bildung braucht Anstrengung und Beharrlichkeit, aber nochmals ja, diese Mühen tragen auch ihren Lohn in sich.

Bildung braucht mehr Anstrengung - auch von Seiten des Bildungswesens. Wir wissen: Nicht alles ist messbar. Aber PISA hat uns genügend Anhaltspunkte dafür gegeben, dass unser Bildungssystem sich nicht auf der Höhe der Zeit befindet. Die Verantwortlichen in den Ländern und im Bund, vor allem die Ministerpräsidenten und die Kultus- und Bildungsminister, haben den Menschen in Deutschland versprochen, die Defizite abzubauen. Diese Botschaft höre ich gerne. Und ich habe den Eindruck: Die Deutschen werden die Vergleichsstudien und Ranglisten sehr genau ver-

folgen. Denn dort lässt sich durchaus ablesen, wie es um die Anstrengungen der Verantwortlichen steht. Für mich ist es ein zentraler Prüfstein für die Zukunftsfähigkeit unserer bundesstaatlichen Ordnung, ob ihr die Verbesserung unseres Bildungswesens gelingt.

Und schließlich drittens: Bildung braucht Vorbilder! Bildung lebt davon, dass Menschen sich am guten Beispiel anderer orientieren, dass sie sich begeistern und mitnehmen lassen. Jeder kann ein Vorbild sein: Eltern, Nachbarn, Trainer, Lehrer, Klassenkameraden.

Und wenn gar ein weltberühmter Dirigent wie Sir Simon Rattle mit jungen Leuten musiziert (und die Kepler-Oberschule war dabei); wenn ein erfolgreicher Sportler wie Luan Krasniqi als "Bildungsboxer" dazu aufruft, beim Lernen niemals stehen zu bleiben; wenn Wissenschaftler, Schriftsteller oder Politiker sich zu Kindern setzen, mit ihnen diskutieren, ihnen aus ihrer eigenen Schulzeit und von ihrem Bildungsweg erzählen, dann lässt sich die Begeisterung der Kinder und Jugendlichen fast mit Händen greifen.

VII. Bildung beginnt in der Familie. Dort stellen Kinder die ersten Fragen, und sie wollen dabei ernst genommen sein. Fast alle Eltern wünschen sich ja: "Unsere Kinder sollen ihren Weg machen." Nun, es gibt keine bessere Mitgift auf diesem Weg als gute Bildung und Erziehung - und zwar nicht nur für den beruflichen Erfolg, sondern auch, um schwierige Zeiten durchzustehen und Durststrecken zu überwinden. Denn die erleben alle irgendwann einmal, jeder einzelne und auch ganze Nationen. Persönliche Rückschläge, verpasste Chancen oder auch bloß ein Weniger an gesellschaftlichem Wohlstand - alles Tests dafür, woran unser Herz hängt, worauf unser Selbstwertgefühl beruht, worüber wir aus der Fassung geraten. Manche verlieren dann schnell den Halt. Bildung ist auch da ein Anker.

Deshalb ist es so wichtig, dass Eltern alles tun, um ihren Kindern das richtige Rüstzeug für ein erfülltes Leben mitzugeben. Zu diesem

Rüstzeug gehören auch die elementaren Regeln des zwischenmenschlichen Umgangs: Respekt, Rücksichtnahme, Manieren, das Wissen um Rechte und Pflichten. Wir sollten der Neugier der Kinder Raum geben; Kinder sollten aber auch Grenzen kennen lernen. Auch das Wort ""Nein" gehört zur Erziehung. Dafür braucht es kein Lehrbuch. Dafür braucht es das Vorbild, die Zuwendung und die Konsequenz der Eltern. Eltern müssen sich Zeit für ihre Kinder nehmen: Spiel und Gespräch, Vorlesen und Erzählen, gemeinsame Mahlzeiten am Familientisch - das fördert die Entwicklung der Kinder. Ein Fernseher im Kinderzimmer tut es nicht.

Ich weiß, dass Eltern eine große Verantwortung tragen: In einer Umwelt, die manchmal den Anschein erweckt, als sei alles möglich und alles erlaubt, sollen sie ihren Kindern Werte und Orientierung vermitteln und ihnen eine gute Entwicklung ermöglichen. Manche Eltern scheitern an dieser Aufgabe. Manche nehmen ihre Verantwortung auch nicht ernst genug. Die Leidtragenden sind immer die Kinder. Diesen Familien müssen wir helfen. Wir müssen uns fragen: Ist die Aufmerksamkeit in Jugendhilfe, Kindergärten, Schulen und Ämtern groß genug, damit kein Kind vernachlässigt wird oder gar verwahrlost? Und erreichen die vielen Angebote, die es in der Erziehungsberatung gibt, wirklich diejenigen, die sie am nötigsten brauchen? Wir haben allen Anlass, ein starkes Netz zu knüpfen, das Kinder und Eltern in schwierigen Zeiten trägt.

VIII. Die ersten Jahre sind entscheidend: Vieles lernt ein kleines Kind leichter als ein Jugendlicher oder ein Erwachsener; und viele Lernfähigkeiten bilden sich im Lauf der Zeit wieder zurück. "Lernen" - so der Philosoph Peter Sloterdijk - "ist die Vorfreude auf sich selbst." Wer einmal mit kleinen Zuschauern die "Sendung mit der Maus" gesehen hat, wer einmal Kinder beim Theaterspiel beobachtet hat, wer ihren spielerischen Schaffensdrang miterlebt hat, wird diesen Satz bestätigen. Und es ist gut, dass wir jetzt auch die frühen Jahre der Kindheit als "Lernzeit" entdecken - als ei-

ne Zeit, in der kleine Menschen spielerisch herangeführt werden können an Phänomene der Natur, an logische Zusammenhänge, an musikalisches Erleben, an die Bedeutung von Sprache.

Wer früh erfährt, wie spannend es ist, immer wieder Neues zu lernen, dem wird es leichter fallen, offen und neugierig zu bleiben - ein Leben lang. Darum brauchen wir gute Bildungsangebote schon in der frühen Kindheit und ein enges Zusammenwirken von Kindertagesstätten und Schulen. Bessere frühkindliche Bildung ist im Übrigen auch ein Gebot der Chancengerechtigkeit: Gerade benachteiligte Kinder profitieren davon, wenn sie möglichst frühzeitig in den Kindertagesstätten gefördert werden - vor allem beim Umgang mit der deutschen Sprache. Deshalb: Ich bin für ein verpflichtendes und möglichst kostenfreies letztes Kindergartenjahr. Und ich bin für verpflichtende Sprachprüfungen vor dem Schuleintritt. Gute Deutschkenntnisse sind nun einmal unersetzlich für den Schul- und damit für den Bildungserfolg.

IX. Die Schule soll jungen Menschen eine solide Grundausstattung an Fähigkeiten und Kenntnissen mitgeben. Das beginnt mit Lesen, Schreiben und Rechnen - die drei sind der Grundstock. Und darüber hinaus? Um diese Frage wird von jeher heftig gerungen. Alle Schulzeit ist knapp - sollen also im Deutschunterricht Gedichte auswendig gelernt oder lieber Bundestagsreden analysiert werden? Soll es mehr Unterricht in Fremdsprachen geben oder in den Naturwissenschaften?

Ich bilde mir nicht ein, da Experte zu sein. Aber zwei Feststellungen sind mir wichtig. Erstens: Die Schule soll jungen Menschen doch das vermitteln, was nötig ist, um sich in der Welt zurechtzufinden, um selbständig weiterzulernen und um Neues beurteilen zu können. Dafür aber sind Maßstab und Richtschnur nötig. Das griechische Wort für "Richtschnur" heißt: Kanon. Gerade im Bildungswesen brauchen wir eine klare Vorstellung vom Maßgebenden und Maßgeblichen. Der Inhalt des Bil-

dungskanons wird immer im Wandel bleiben, denn immer kommt Neues hinzu, und Altes veraltet. Aber was wirklich Maß gibt, das hat lange Bestand.

Zweitens: Bei der Konkurrenz um die knappe Schul- und Lernzeit dürfen Fächer wie Musik, Kunst und Sport nicht ins Hintertreffen geraten. Denn Musik, Kunst und Sport bringen Vernunft und Gefühl zusammen, und das ist wichtig für die Persönlichkeit und gut für Intuition und Kreativität.

Und noch ein Schulfach liegt mir am Herzen: der Religionsunterricht. Er bietet jungen Menschen Antworten auf ihre Sinnfragen. Jedem steht es frei, ob er diese Angebote annehmen möchte oder nicht. Ich finde es wichtig, dass auch in der Schule die Frage nach Gott gestellt wird. Deshalb halte ich den Religionsunterricht für unverzichtbar.

Gerade weil wir in einer pluralen Gesellschaft leben, sollen die Religionen ihr Licht nicht unter den Scheffel stellen müssen, sondern im Unterricht Zeugnis von dem geben können, woran sie glauben und worauf sie hoffen. Das gilt natürlich auch für den Islam. Ich halte es für überfällig, dass in unseren Schulen den Kindern muslimischen Glaubens von gut ausgebildeten Lehrern und in deutscher Sprache Islamunterricht angeboten wird.

X. Wissen und Erfahrung zusammen machen erfolgreiches Lernen aus. Und da ist es ein Unterschied, ob der Lehrer im Unterricht nur mit einem Schaubild erklärt, wie eine parlamentarische Demokratie funktioniert, oder ob die Klasse selbst eine Parlamentsdebatte durchspielt. Es ist ein Unterschied, ob Schüler die Natur nur aus dem Biologiebuch kennen oder ob sie die Tier- und Pflanzenwelt auch einmal unter freiem Himmel studieren.

Gutes Lernen findet nicht allein im Klassenzimmer und nicht nur während der Unterrichtszeit statt. Und gute Schule gibt den Kindern möglichst viel Gelegenheit zu Erfolgserlebnissen. Gute Schule will eigenständiges

Denken und fördert selbständiges Arbeiten. Es geht dabei immer um die richtige Balance zwischen Selbsterprobung und Anleitung. Wir sollten die alten Debatten hinter uns lassen, in denen Disziplin mit Drill, Leistungsorientierung mit Überforderung, Benotung mit persönlicher Demütigung gleichgesetzt wurden.

Keine Frage: Junge Menschen "bei der Stange zu halten", sie für den Unterricht zu begeistern und Lernfortschritte mit ihnen zu erzielen - das ist oft alles andere als einfach. Ich halte diese Rede mit Bedacht in einer Hauptschule. Wir alle wissen: In den Hauptschulen bündeln sich viele Schwierigkeiten. Das hat allerdings auch damit zu tun, dass manche es sich zu leicht machen, indem sie Schüler einfach sitzenbleiben lassen oder von einer Schule zur anderen weiterreichen.

Dennoch: Auch an Hauptschulen wird viel erreicht. Und es gibt einen wichtigen eigenen Bildungsauftrag für praktisches und berufsbezogenes Lernen. Dass die Hauptschulen diesen Auftrag selbstbewusst erfüllen können, zeigt seit nun schon fast zehn Jahren der "Hauptschulpreis". Im vergangenen Jahr habe ich damit die Augsburger Friedrich-Ebert-Volksschule ausgezeichnet. Schüler, Lehrer und Eltern haben dort gemeinsam das Schulgebäude renoviert, den Schulhof gestaltet, ein Café, ja sogar ein Kino eingerichtet und so die Schule zu einem Ort gemacht, an dem sie nicht nur lernen, sondern auch gerne leben.

Oder nehmen Sie KEPS - die von Schülern geführte Catering-Firma hier an der Kepler-Oberschule. Diese Schülerfirma ermöglicht es ihren jugendlichen Mitarbeitern, Erfahrungen im Wirtschaftsleben zu machen. Und was die jungen Leute leisten, wie begeistert sie bei der Sache sind - davon können Sie, meine Damen und Herren, sich gleich anschließend beim Empfang überzeugen. KEPS ist ein gutes Beispiel dafür, dass Betriebe bei jungen Menschen, die einen Ausbildungsplatz suchen, auch auf solche Erfahrungen und Erfolge achten sollten.

XI. Schulen müssen die Lebensbedingungen ihrer Schüler in den Blick nehmen können - und die sind von Stadtteil zu Stadtteil, von Region zu Region unterschiedlich.

Darum brauchen die Schulen nicht nur Lehrpläne, Stellen- und Budgetpläne, sondern sie benötigen innerhalb dieser Pläne auch Freiheit für eigene Gestaltungsideen. Sie sollen inhaltlich ihr eigenes Profil entwickeln können, sie sollen mitentscheiden, welches Personal zu ihrem Profil passt, und sie sollen Mittel nach eigenem Ermessen einsetzen können - für den Schulgarten zum Beispiel, für ein Aquarium oder für neue Computer. Für all das brauchen Schulen aber auch Ruhe. Ihre Kraft darf nicht durch ständig neue bildungspolitische Vorgaben ermüdet werden. Richtig ist: Jede Schule muss sich an allgemein verbindlichen Lern- und Bildungszielen orientieren und nachweisbar ein bestimmtes Leistungsniveau sichern - schon damit Schulwechsel nicht noch schwerer werden. Aber genau so wichtig ist es, Vertrauen in den Gestaltungswillen der Schulen zu haben und auf ihre Bereitschaft zu setzen, selbst etwas verbessern zu wollen.

XII. Getragen wird die Arbeit in den Schulen von Menschen - vor allem von Lehrerinnen und Lehrern und den Schulleitern und Schulleiterinnen an der Spitze. Sie haben eine große Verantwortung - für die ihnen anvertrauten Jugendlichen und für unsere Gesellschaft insgesamt. Lehrer zu sein, das ist weit mehr als ein Job. Der Lehrerberuf verlangt solides Fachwissen - er verlangt aber auch Liebe zu Kindern und die Überzeugung, dass in jedem einzelnen Schüler etwas Besonderes steckt.

Lehrerinnen und Lehrer arbeiten oft unter schwierigen Voraussetzungen. In manchen Schulen ist es für sie nahezu unmöglich, ihre Aufgabe zu erfüllen, weil in den Elternhäusern und im sozialen Umfeld der Schüler schon so viel versäumt wurde. Engagierte Lehrerinnen und Lehrer, die nicht aufgeben, die darauf brennen, jungen Menschen etwas beizubringen - das sind für mich Helden des Alltags.

Wir alle kennen Lehrer, die ihre Schüler im Unterricht begeistern können. Wir alle kennen Pädagogen, für die der Einsatz für ihre Schüler nicht nach dem letzten Klingelzeichen endet. Wir wissen, wie viele Schulleiter sich bemühen, ihre Schule nach vorn zu bringen. Ihnen allen danke ich ganz, ganz herzlich!

Wir brauchen Lehrer, die nicht nur das Talent, sondern auch das Handwerkszeug haben, um Kinder auf die Welt vorzubereiten. Ich finde es richtig, dass der Praxisbezug bei der Aus- und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern stärker betont wird. Ein Beispiel dazu: Lehramtsstudenten aus Köln erteilen im Rahmen ihrer Ausbildung Kindern aus Zuwandererfamilien Zusatzunterricht in Deutsch. Dabei lernen beide Seiten etwas: die Kinder die deutsche Sprache und die künftigen Lehrer, Schüler mit einem anderen kulturellen Hintergrund zu fördern.

Wir brauchen gute Lehrer - und wir brauchen auch genug Lehrer: Genug Lehrer, um den Unterrichtsausfall zu minimieren; genug Lehrer für vernünftige Klassengrößen; genug Lehrer für alle vorgesehenen Schulfächer. Wir müssen endlich ernst machen mit der individuellen Förderung von Schülern. Und dafür brauchen Lehrer mehr Unterstützung von Spezialisten - zum Beispiel von Logopäden, Schulpsychologen und Sozialarbeitern.

Mehr Teamwork macht es auch leichter, Kinder mit Behinderungen gemeinsam mit ihren nicht-behinderten Altersgenossen zu unterrichten. Gleiches gilt für die Kindertagesstätten. Bei den Kindern mit Behinderung stärkt das Zusammensein in der Gruppe oder dem Klassenverband das Gefühl: "Wir gehören dazu." Und die anderen lernen auf diese Weise schon sehr früh, dass es normal ist, verschieden zu sein. Ich wünsche mir, möglichst viele Kinder könnten diese Erfahrung machen.

XIII. Ebenso wenig wie Lehrer Einzelkämpfer am Pult sein sollten, dürfen Schulen isoliert sein. Verantwortung für die Schule tragen nicht nur der Staat und die Lehrer, sondern al-

le Bürgerinnen und Bürger. Schon jetzt geschieht auf diesem Feld sehr viel: Eltern engagieren sich in der Hausaufgabenbetreuung. Schul-Fördervereine erschließen zusätzliche finanzielle Ressourcen. Sportvereine stimmen ihre Trainingsangebote mit den Schulen ab. Örtliche Unternehmen sponsern nicht nur gelegentlich ein Schulfest, sondern bieten auch Praktikums- und Ausbildungsplätze. Initiativen wie diese müssen wir stärken und unterstützen. Unsere Schulen brauchen Partner.

Vor zwei Wochen habe ich die Goethe-Grundschule in Mainz besucht - übrigens eine Ganztagschule. Dort gibt es an den Nachmittagen viele Spiel-, Sport- und Lernangebote. Und es gibt Leseclubs, die von ehrenamtlichen Lesepaten betreut werden. Sie helfen mit, die Kinder zum Buch zu bringen - und das ist nicht nur wegen der schlechten PISA-Ergebnisse im Lesen ein ganz wichtiges Ziel.

Viele so gute Beispiele zeigen: Bürgerschaftliches Engagement kann den Schulen wirksam helfen, mehr für die Kinder zu erreichen. Es darf aber keine Missverständnisse geben: Bildung ist vor allem das Geschäft der Schule, und die Hauptverantwortung für den Unterricht tragen die Profis.

Die Bildungsangebote in der Schule sind das eine. Es geht aber auch darum, die Bildungsmöglichkeiten außerhalb der Schulen besser zu nutzen. Mir gefällt die Idee, dass jede Schule dafür Lotsen haben sollte: Lehrer oder ehrenamtliche Helfer, die den Weg weisen zu Stadtbüchereien, Sportvereinen, zu den Pfadfindern oder auch zur Freiwilligen Feuerwehr. Und gemeinnütziges Engagement sollte ruhig im Schulzeugnis dokumentiert werden. In einigen Bundesländern geschieht das bereits. Kinder und Jugendliche haben Freude daran, zu helfen, Pflichten und Verantwortung zu übernehmen - und das sollte Anerkennung finden.

Zurzeit reichen die Angebote für gemeinnütziges Engagement nicht aus. Programme wie das Freiwillige Soziale Jahr und das Freiwillige Ökologische Jahr können bei weitem nicht so

viele Jugendliche aufnehmen, wie sich bewerben. Diese Programme sollen aufgestockt werden. - Gut so. Aber nicht halbherzig bitte!

XIV. Und es lohnt sich vielleicht auch, über das Bestehende hinaus zu denken. Namhafte Pädagogen sagen mir, nichts könne die prägende Erfahrung eines solchen Dienstes an der Gemeinschaft und für das Gemeinwohl ersetzen. Hartmut von Hentig hat ein entsprechendes "Pflichtjahr" für junge Leute vorgeschlagen und spricht von der "nützlichen Erfahrung, nützlich zu sein". Er nennt selber die Gegenargumente, und sie wiegen schwer. Aber wiegt nicht auch die Frage schwer, möglicherweise schwerer, wie wir bei jungen Menschen Pflichtbewusstsein stärken, indem wir ihnen mehr Gelegenheit geben, sich verantwortlich und gebraucht zu fühlen?

Erfahrene Jugendarbeiter wissen: Viele junge Leute warten nur darauf, sich durch Verantwortungsbewusstsein zu beweisen und zu bewähren. Und kluge Kommunalpolitiker berichten mir: Zu tun gibt es allemal genug für junge Leute, die anpacken wollen, wenn die rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen dafür gegeben sind. Ich finde: Alle, die das so sehen und die so denken, gehören an einen Tisch, um jungen Leuten so schnell wie möglich mehr Chancen zum Engagement zu bieten - und ich bin auf ihrer Seite.

XV. Wenn es um Bildung geht, muss auch über Geld gesprochen werden. Das war übrigens schon zu Humboldts Zeiten so. Seine Heimat, Preußen, war damals von Napoleon besiegt, war halbiert und finanziell ausgeblutet. Aber Preußen und später ganz Deutschland wurde ein "Schulstaat" - gegen alle Widerstände von Eltern, die glaubten, das Leben sei ihren Kindern Lehrmeister genug; gegen den Widerstand der Städte und Gemeinden, denen ganzjährige statt der bisherigen "Winterschulen" zu teuer waren; gegen den Widerstand von Unternehmern, die von Kinderarbeit profitierten. Hier in Berlin waren die Volks-

schulen 1840 noch vierklassig und kosteten Schulgeld, 15 Jahre später waren sie achtklassig und schulgeldfrei. Das Gymnasium wurde aus dem Muff der alten Lateinschulen neu erschaffen, und Preußen gründete die Berliner Universität, die heute Humboldts Namen trägt.

Und was ist uns heute Bildung wert? Nur jeder zehnte Euro, den die öffentliche Hand in Deutschland ausgibt, fließt ins Bildungssystem. Bei den Ausgaben für die allgemeinbildenden Schulen liegen wir deutlich unter dem Durchschnitt der OECD-Länder, und der Abstand hat über die letzten Jahre zugenommen.

Warnen möchte ich in diesem Zusammenhang vor dem Trugschluss, wir könnten das Problem durch eine bloße Umverteilung innerhalb der Bildungsausgaben lösen. So richtig es ist, dass wir mehr Geld für frühkindliche Bildung und Erziehung ausgeben müssen, so falsch wäre es, dafür beispielsweise die Hochschulausgaben zu kürzen. Wir brauchen angemessene Finanzmittel für alle Bereiche des Bildungswesens, denn unsere Bildungsausgaben sind insgesamt zu niedrig. Für genauso kurzsichtig halte ich die Vorstellung, man könnte sinkende Schülerzahlen zum Anlass nehmen, um die Ausgaben für Schule und Bildungswesen zu kürzen. Der demographische Wandel muss für die Schule, für das Bildungswesen, als zusätzliche Chance genutzt werden. Sinkende Schülerzahlen eröffnen finanzielle Spielräume und neue Gestaltungsmöglichkeiten. Machen wir was daraus!

Ich weiß um die schwierige Kassenlage der Länder, und ich kenne die Nöte der Haushaltspolitiker. Aber ohne ausreichende und effektive Bildungsausgaben wird der Weg zu gesunden Staatsfinanzen noch schwieriger. Deshalb müssen wir den Mut und die politische Kraft haben, anderes zugunsten der Bildung zurückzustellen. Bildung ist die wichtigste Investition, die unsere Gesellschaft und jeder Einzelne tätigen kann. Wer an der Bildung spart, spart an der falschen Stelle. "Es gibt nur eine Sache auf der Welt, die teurer ist als Bildung - keine Bildung." (John F. Kennedy)

XVI. Ich bin in unserem Land vielen Menschen begegnet, die lernen und etwas aus sich machen wollen. Ich habe mit Schülern und Lehrern, mit Studenten und Professoren, mit Azubis und Handwerksmeistern gesprochen, die eine genaue Vorstellung davon haben, was sie sich von Bildung erhoffen, was sie persönlich dafür leisten wollen und wo es in unserem Bildungswesen noch hakt. Alle

diese Menschen haben Anspruch darauf, dass unser Land die besten Voraussetzungen für Bildung schafft.

Dafür kommt es auf uns alle an, auf unsere Einstellung, auf unsere Anstrengung, auf unser Vorbild. Bildung für alle - das gelingt am besten, wenn sich alle dafür einsetzen, wenn wir alle uns bewegen. Was hindert uns? Auf geht's!

OECD-Bericht "Bildung auf einen Blick 2006" vorgestellt

Storm: „Begabungspotenziale müssen in Deutschland stärker genutzt werden“

Quelle: Pressemitteilung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung vom 12. September 2006

Nach Ansicht des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) Andreas Storm müssen die Begabungspotenziale in Deutschland noch stärker genutzt werden. "Deutschland ist in der Bildung auf einem guten Weg und wird die starken Fähigkeiten seiner Menschen in Zukunft noch besser nutzen", sagte Storm am Dienstag in Berlin. Dort stellte die OECD ihren jährlichen Bericht "Bildung auf einen Blick 2006" mit den neuesten Zahlen zu den Entwicklungen und Tendenzen der wichtigsten Bildungssysteme der Welt vor.

Der internationale Vergleich bestätige den von der Bundesregierung verfolgten Kurs, sagte Storm. "Wir investieren in Deutschland in die Köpfe." Dazu gehöre die Begabtenförderung genauso wie Hilfe für die Menschen mit schlechteren Startchancen. "Mit der gemeinsamen Anstrengung von Bund und Ländern werden wir in wenigen Jahren zu führenden Staaten der OECD aufschließen." Storm hob hervor, dass die Studie einen hohen Bildungsstand in Deutschland belege, der zeige, dass die Bevölkerung den Anforderungen der modernen Lebens- und Arbeitswelt gewachsen sei. Demnach haben 84 Prozent der 25- bis 64-jährigen mindestens einen Abschluss des Sekundarbereich II, das heißt entweder Abitur oder eine abgeschlossene berufliche Ausbildung. Im OECD-Schnitt liegt der Prozentsatz bei 67 Prozent.

Staatssekretär Storm unterstrich, dass gerade in Deutschland der demografische Wandel bewältigt werden müsse. So werde hier zu Lande die Anzahl der Schüler im Alter bis zu 15 Jahren bis 2015 um 14 Prozent sinken. Dies habe zunächst durchgreifende Auswirkungen auf die Organisation des deutschen Bildungssystems bei Klassengrößen, Lehrpersonal und Schulen. Auch in der beruflichen Ausbildung stünden schon in wenigen Jahren deutlich weniger Bewerber bereit. "Wir müssen die jungen Leute heute ausbilden, wenn wir den demografischen Wandel auf dem Arbeitsmarkt bewältigen wollen", sagte Andreas Storm.

Bei gleich bleibender Studierquote werde Deutschland auch bei den Hochqualifizierten im internationalen Vergleich verlieren. "Wir müssen mehr junge Menschen zum Studium bringen", betonte Storm. Der gemeinsam mit den Ländern vorbereitete Hochschulpakt habe das Ziel, eine ausreichende Zahl an Studienplätzen bereit zu stellen.

Gleichzeitig steige in einer älter werdenden Gesellschaft die Notwendigkeit der berufsbezogenen Fort- und Weiterbildung. Die Menschen müssten sich noch stärker am lebenslangen Lernen beteiligen. "Wissen und Qualifikation müssen gepflegt und weiter entwickelt werden." Zu deren Finanzierung prüfe das BMBF derzeit intensiv verschiedene Modelle des Bildungssparens, sagte Storm.

Kurzinformation zur OECD-Studie „Bildung auf einen Blick 2006“

Bildung auf einen Blick hat sich in den letzten Jahren zu einem bedeutenden Bezugspunkt für die bildungspolitische Diskussion in Deutschland entwickelt und ist eine wichtige Datengrundlage für den auf Initiative von Bund und Ländern dieses Jahr erstmals vorgestellten nationalen Bildungsbericht. Der internationale Vergleich und eine nationale Berichterstattung, die die Besonderheiten des nationalen Bildungssystems herausstellt und analysiert, ermöglichen zusammen die Identifizierung von Stärken und Schwächen des Bildungssystems in Deutschland. Sie sind damit eine Orientierungshilfe bei der Entwicklung von Reformstrategien.

Deutschland gehört zu den vom demografischen Wandel am stärksten betroffenen Ländern

Der demografische Wandel ist eine der großen Herausforderungen, vor denen die Bildungssysteme stehen. Daher werden in Bildung auf einen Blick auch Prognosen der Bevölkerungsentwicklung einbezogen. So wird für Deutschland von 2005 bis 2015 eine Verringerung der Schülerzahlen im Primar- und Sekundarbereich I um 14 % erwartet. Dies ist weit mehr als im OECD-Durchschnitt (-6 %). Damit gehört Deutschland in der OECD zu den Ländern mit dem stärksten Rückgang künftiger Schülergenerationen. Weitere, noch deutlichere Rückgänge sind in den darauf folgenden Jahren zu erwarten.

Bildungsstand der Erwachsenenbevölkerung hoch

Je höher der Bildungsstand der Bevölkerung, desto besser ist eine Gesellschaft für die Anforderungen der modernen Lebens- und Arbeitswelt gerüstet. Die deutsche Bevölkerung ist im internationalen Vergleich gut ausgebildet:

In Deutschland hat ein Fünfjähriger durchschnittlich 13,4 Jahre in Bildungseinrichtungen vor sich, die er in der Schule, der beruflichen Bildung oder in einem Studium verbringt.

Diese hohe Bildungserwartung wird nur von Norwegen mit 13,9 Jahren übertroffen. Ebenfalls an 2. Stelle hinter Norwegen liegt Deutschland mit seinem sehr hohen Anteil eines typischen Altersjahrgangs, der einen Abschluss des Sekundarbereichs II (Hochschulreife, Fachhochschulreife oder Berufsausbildung) erreicht. Dies ist nicht zuletzt ein Erfolg der dualen Berufsausbildung, die für fast die Hälfte der jüngeren Bevölkerung die Hauptqualifikation darstellt.

Anzahl der Hochschulabsolventen weit unter OECD-Schnitt, aber positiver Trend

Der Anteil der Hochschulabsolventen am jeweiligen Altersjahrgang ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen: Hatten 2000 19,3 % eines Altersjahrgangs ein Universitäts- oder Fachhochschulstudium abgeschlossen, waren es im Jahr 2004 20,6 %. Auf Grund der positiven Entwicklung bei den Studienanfängern wird auch die absolute Zahl der Hochschulabsolventen in den kommenden Jahren weiter

steigen und sich in einer höheren Absolventenquote niederschlagen. Allerdings liegt Deutschland damit noch weit unter dem OECD-Mittelwert von 34,8 %. Zu berücksichtigen ist jedoch, dass Deutschland über ein sehr effektives System der beruflichen Ausbildung verfügt, das viele sehr gut qualifizierte Fachkräfte für den Arbeitsmarkt zur Verfügung stellt.

Die Weiterbildungsbeteiligung muss verstärkt werden

In einer Gesellschaft, in der der Anteil der Älteren stetig steigt, gewinnt auch die berufsbezogene Fort- und Weiterbildung an Bedeutung. Lebenslanges Lernen ist notwendig, um den sich ändernden Anforderungen gerecht werden zu können. Dabei ist neben der Teilnahme an Fort- und Weiterbildungen an sich auch deren Umfang von entscheidender Bedeutung. In *Bildung auf einen Blick 2006* wird daher die unter den bestehenden Bedingungen zu erwartende Stundenzahl, die während eines Berufslebens in Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen verbracht wird, ausgewiesen. Für Deutschland lag dieser Wert im Jahr 2003 bei 398 Stunden, elf Stunden mehr als der OECD-

Mittelwert. Deutschland befindet sich somit im gehobenen Mittelfeld der OECD-Staaten. Jedoch ist die Teilnahmequote mit 12 % geringer als im OECD-Durchschnitt (18 %). Es bestehen also noch Aktivierungspotentiale, die für eine breitere Verankerung von Fort- und Weiterbildung in der Gesellschaft zu nutzen sind. Das BMBF prüft verschiedene Modelle zum Bildungssparen und knüpft damit an die Empfehlungen der Expertenkommission Finanzierung Lebenslangen Lernens an. Sie zielen darauf ab, die Bildungsbeteiligung zu erhöhen und dabei auch diejenigen zu motivieren, die bislang noch nicht ausreichend aktiv sind.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie: Gleitzeit und Co. helfen oft nicht

Quelle: Pressemitteilung der Hans Böckler-Stiftung vom 5. Oktober 2006
und Böckler Impuls 15 vom 4. Oktober 2006

Flexible Arbeitszeitformen wie Gleitzeit, Vertrauensarbeitszeit oder Arbeitszeitkonten machen es Beschäftigten durchaus nicht immer einfacher, Berufstätigkeit und Privatleben miteinander zu vereinbaren. Ob Arbeitnehmer ohne feste Vorgaben für Arbeitsbeginn und -ende wirklich mehr Zeitsouveränität haben, hängt davon ab, wie ihre Arbeit konkret organisiert ist. Das zeigt eine Analyse der Arbeitszeitforscherin Dr. Eva Munz in der aktuellen Ausgabe der *WSI-Mitteilungen*.*

Insgesamt arbeiten 31 Prozent der abhängig Beschäftigten in Deutschland mit einem so genannten "selbst gesteuerten" Zeitmodell. Eigentlich sollten sie gute Chancen haben, eine Balance zwischen Erwerbstätigkeit und Privatleben, Job und Familie zu finden. Doch die Praxis sieht oft anders aus, erst recht "im Kontext steigender Leistungsanforderungen und schrumpfender Belegschaften", so die Expertin. Munz stützt sich auf eine repräsentative Beschäftigtenbefragung des Kölner ISO-Instituts aus dem Jahre 2003. Die Forscherin hat die Umfrage unter mehr als 4000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vertieft ausgewertet. Zentrale Ergebnisse:

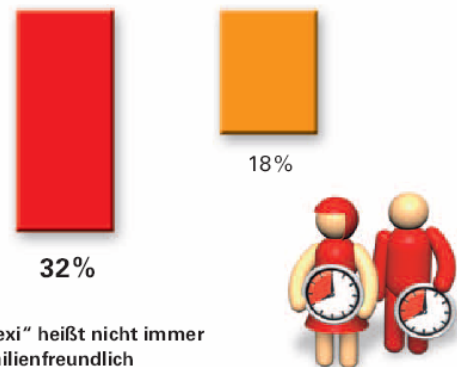
- Selbst gesteuerte Arbeitszeiten kommen besonders häufig vor auf Arbeitsplätzen mit regelmäßigem Zeit- und Leistungsdruck. Ob die Beschäftigten auf diesen Arbeitsplätzen betreuungsbedürftige Kinder im Haushalt haben, wirkt sich hingegen nicht signifikant aus.
- Die Beschäftigten variieren ihre Arbeitszeiten viel häufiger aus betrieblichen (60 Prozent) als aus privaten Gründen (19 Prozent).

- Arbeitnehmer mit flexiblen Arbeitszeiten leisten öfter Mehrarbeit als ihre Kollegen mit vorgegebenen Anfangs- und Endzeiten - und sie bekommen häufiger keinen Ausgleich dafür.

Arbeitszeit: Aus dem Gleichgewicht

Mehrarbeit von im Schnitt über vier Stunden pro Woche leisten von den Beschäftigten* mit...

selbst gesteuerten Arbeitszeiten vorgegebenen Anfangs- und Endzeiten



„Flexi“ heißt nicht immer familienfreundlich

31% der Beschäftigten steuern ihre Arbeitszeit selbst, davon variieren...



Väter im flexiblen Mehreinsatz für den Betrieb

Von den Beschäftigten mit selbst gesteuerten Arbeitszeiten richten ihre Arbeitszeit nur nach dem Betrieb und leisten dabei Mehrarbeit...

...in Paarhaushalten mit betreuungsbedürftigen Kindern



...unter Alleinstehenden



* repräsentative Umfrage unter 4.012 abhängig Beschäftigten, Institut für soziale Chancen, 2003; Quelle: Munz 2006 | © Hans-Böckler-Stiftung 2006

Die Chancen auf einen fairen Interessenausgleich lassen sich aber vergrößern, zeigen die Daten: Hat ein Unternehmen Arbeitszeitkonten, eine verbindliche Arbeitszeiterfassung und klare Ausgleichsregelungen, steigt die Zeitsouveränität der Beschäftigten, unbezahlte Überstunden fallen seltener an. Dieser Effekt ist besonders stark, wenn ein Betriebsrat existiert, der Ausgleichsregelungen überwachen und den Beschäftigten Rückendeckung bieten kann.

tiert, der Ausgleichsregelungen überwachen und den Beschäftigten Rückendeckung bieten kann.

*Eva Munz: Mehr Balance durch selbst gesteuerte Arbeitszeiten?, in: *WSI-Mitteilungen* 9/2006.

Literaturhinweise

Wie sehen unversorgte Ausbildungsstellenbewerber ihre ergriffenen Alternativen?

Aktuelle Studie des Bundesinstituts für Berufsbildung

Die aktuelle Ausgabe der Zeitschrift *BiBB forschung* enthält unter anderem folgende interessante Übersicht:

	Affinität des Jugendlichen zum jeweiligen Verbleib						„sie ist sonstiges“/keine Angabe	Insgesamt
	selbst intendiert		nicht selbst intendiert, nun aber akzeptiert		nicht intendiert u. nicht bzw. nur bedingt akzeptiert			
	„die jetzige Situation entspricht dem, was immer mein Wunsch war“	„sie ist eine Alternative, die ich von vornherein in Betracht gezogen habe“	„sie ist eine Alternative, die ich nicht unbedingt gewollt habe, inzwischen aber ganz gut finde“	„sie ist eine sinnvolle Überbrückung“	„sie ist nur eine Notlösung“	„sie ist eine Sackgasse, die mir nicht weiterhilft“		
_ Lehre	55	15	21	2	3	1	2	100
_ schulische Berufsausbildung	25	28	30	11	3	0	2	100
_ Studium	30	41	18	4	6	2	0	100
_ berufsvorbereitende Maßnahme	4	10	25	34	16	11	1	100
_ schulisch. Berufsvorbereitungsjahr	1	11	28	26	21	11	2	100
_ allgemein bildende Schule	19	28	21	11	8	2	10	100
_ Berufsgrundbildungsjahr	17	15	22	16	17	7	6	100
_ sonstige berufliche Schule	14	34	18	19	9	3	2	100
_ Praktikum	7	13	24	39	9	4	4	100
_ freiw. sozial. Jahr, Wehr-/Zivildienst	11	18	12	50	4	4	1	100
_ Arbeitsstelle	11	9	15	29	18	15	3	100
_ Jobben	1	6	6	20	35	30	2	100
_ arbeitslos, ohne Beschäftigung	1	1	2	2	7	84	4	100
_ Hausmann/-frau/Elternschaft	3	3	11	3	20	49	10	100
_ sonstiges	10	10	18	29	14	12	7	100
Insgesamt	15	17	16	16	11	22	4	100

Quelle: BIBB/BA-Bewerberbefragung Ende 2004

Übersicht 2: **Die Bewertung unterschiedlicher Verbleibsformen durch Bewerber, die offiziell weder in eine Ausbildungsstelle eingemündet waren noch zu den am 30. September unvermittelten Bewerbern zählten (Angaben in %)**

Sie zeigt wesentliche Ergebnisse aus der letzten der regelmäßig von BA und BiBB gemeinsam durchgeführten Bewerberbefragung. Diese ist eines von drei relevanten Themen, die in der Oktober-Ausgabe von *BiBB forschung* behandelt werden:

- Wenn es mit der Lehrstelle nicht klappt: Welche Alternativen finden Jugendliche akzeptabel?
- Senkung der Ausbildungsvergütungen – eine Chance für den Lehrstellenmarkt?
- Top oder Flop? Bildungsgutscheine in der öffentlich geförderten beruflichen Weiterbildung.



Die Zeitschrift ist kostenlos als Volltext im Internet erhältlich unter der Adresse:
http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a12voe_bibbforschung_2006_04.pdf.pdf

Pressemeldungen

Quelle: *tageszeitung* vom 12.9.2006
www.taz.de

Die Bildungsstatistik tröstet nicht über die PISA-Misere hinweg Deutschland wird dümmmer

Von Christian Füller

Fünf Jahre hat es gedauert, bis die Kollegen von der Bild-Zeitung den Indikator der Bildungsbeteiligung gefunden haben. Im Wust der Pisa-Daten, mit dem die OECD das Land der Dichter und Denker alljährlich erschreckt, findet sich eine Zahl, die sich nur mit archäologischem Suchtrieb finden lässt: Die Zahl lautet 84 Prozent und nennt den Anteil Schul- und Berufsbildeter. Damit ist Deutschland, täte-rätä!, ganz vorne. Schluss mit der Pisa-Miesepererei, so die Botschaft: es geht berg-auf.

Leider, leider lassen sich die Kompetenzwerte 15-jähriger Schüler nicht so leicht drehen wie der miraculöse Geschäftsklimaindex, der nach einer gelungenen Fußball-WM das Land in rosiges Licht zu tauchen vermag. Es geht hier um zähe Modernisierungsprozesse in Schulen und Hochschulen - und da sieht es nicht etwa gut, sondern immer noch recht bescheiden aus. Die Bildungsbeteiligung ist da übrigens ein interessanter Wert - aber vor allem, um den Niedergang des Schul- und Ausbildungswesens zu beschreiben.

Nur wenn wir Opus und Omis Erfolge als Facharbeiter noch in die Bildungsstatistik hinein-

nehmen, sind wir im OECD-Vergleich Spitze. Tatsächlich aber nutzen uns deren Großtaten in ihrer Lehrzeit herzlich wenig, wenn wir in die Zukunft blicken. Heute sieht es ganz anders aus. Von den vielen Jugendlichen, die nicht den Weg auf die höheren Schulen gehen (dürfen), haben immer weniger Erfolg bei der Suche nach Lehrstellen. Selbst von denjenigen, die eine berufliche Ausbildung fanden, scheiterte im Jahr 2004 ein ganzes Viertel.

Oben sieht es nicht viel besser aus: Unter den heute 30- bis 35-Jährigen haben weniger Personen ein Uni-Diplom als unter den 45- bis 50-jährigen. Das heißt, zusammengefasst: Deutschland wird dümmmer. Kein sehr erhebender Befund für eine Zukunft, in der Deutschland zugleich älter wird.

Damit soll nicht behauptet werden, seit Erscheinen der Pisa-Studie hätte sich gar nichts getan. Es wird viel über Schule und Lernen geredet, hie und da wird gehandelt. Aber wenn es stimmt, dass die Gebildeten aussterben und die Nachkommenden nicht schlauer werden, dann ist der Tanker immer noch auf dem altem Kurs: Richtung Eisberg.

Veranstaltungshinweise

Professionelle Arbeit in der Bildungs- und Berufsberatung braucht die ständige Fortbildung in einem breiten Spektrum methodischer, wirtschafts- und berufskundlicher sowie bildungs- und sozialpolitischer Themen. Deshalb sollen

entsprechende Veranstaltungshinweise besonders auch hierfür Anregungen geben. Auch hier – wie in allen anderen Rubriken der iBB – sind Hinweise und Beiträge aus der Leserschaft herzlich willkommen. (K.K.)

6.-7. Oktober 2006 in Schwerin

Workshop „Berufung und Beruf“

Anthropologisches Seminar zur Weiterbildung des dvb Nord im Oktober

Veranstalterin: Regionalgruppe Nord des dvb – Deutschen Verbands für Bildungs- und Berufsberatung e.V., www.dvb-Fachverband.de/Nord

Programm: Menschen sind aufgrund ihrer Fähigkeit, die Dinge und sich selbst denkend zu begreifen und zu verändern, unglaublich flexibel, lern- und anpassungsfähig. Diese Fähigkeit ist in einer Zeit, in der immer neue Berufsbilder entstehen und die bestehenden Berufsbilder sich kontinuierlich wandeln, kaum zu überschätzen. Andererseits verspüren viele Menschen eine tiefe Sehnsucht nach Sicherheit und Beständigkeit, die bei der Geschwindigkeit der heutigen Veränderungen oftmals keine Erfüllung findet, und die sich manchmal als Hindernis bei der Berufsfindung oder der Weiterentwicklung im Beruf erweist. Gibt es bei allem Wandel der Berufswelt Konstanten, auf die man sich verlassen kann? Am Freitag möchte ich in einem kurzen Vortrag das Gefühl der „Berufung“ als eine solche Konstante zur Diskussion stellen. Der Samstag soll dann ein Denk- und Besinnungs-Workshop werden, in dem die Teilnehmenden die eigene Praxis der Berufsberatung vor dem Hintergrund des oben genannten Spannungsverhältnisses reflektieren können.

Termin: Freitag, 6. Oktober 2006, 17.00 Uhr, bis Samstag, 7. Oktober 2006, 15:00 Uhr

Ort: Best Western Seehotel Frankenhorst, Frankenhorst 5, 19055 Schwerin
www.seehotel.bestwestern.de

Anmeldung: verbindlich per E-Brief an: Nord@dvb-Fachverband.de

Teilnehmerzahl mindestens 8, höchstens 16

Kosten:	dvb-Mitglieder	Nicht-Mitglieder
Teilnahme am Seminar inklusive Abend- und Mittagessen sowie freien Getränken	93 €	113 €
dasselbe inklusive Übernachtung pro Person im Doppelzimmer mit Frühstücksbuffet	133 €	153 €
dasselbe im Einzelzimmer	153 €	173 €

10.-11. Oktober 2006 in Stuttgart
„Das Ganze im Blick: Bildung, Beschäftigung, Innovationen“
ZWH-Bildungskonferenz 2006

Veranstalterin: ZWH - Zentralstelle für die Weiterbildung im Handwerk e.V.

Programm: Unter dem Motto "Das Ganze im Blick" geht die Bildungskonferenz 2006 der Frage nach: Welchen Stellenwert haben Innovationen in der beruflichen Bildung als Zukunftsfaktoren für Deutschland? Die Themen reichen von "Performance Improvement - Leistungssteigerung von Bildungsorganisationen", über "LLL - länger leben, länger arbeiten, länger lernen" bis hin zu "Integration durch Qualifizierung von Migranten" sowie "Qualifizierungsbausteine in der Nachqualifizierung". Die Konferenz wird von einer Fachmesse begleitet.

Details:

http://www.teil4.de/bildungskonferenz2006/allgem/pdf/programm_bk06.pdf

Termin: Dienstag, 10. Oktober 2006 bis Mittwoch, 11. Oktober 2006

Ort: Haus der Wirtschaft Stuttgart

Anmeldung: www.Bildungskonferenz2006.de

02. November 2006 in Marburg
Mädchengerechte Berufsorientierung zeitgemäß gestalten
Fachtagung

Veranstalter: Hessisches Sozialministerium

Programm: Die Berufswahl von Mädchen ist von richtungsweisender Bedeutung für ihr weiteres Leben - sie hat Auswirkungen auf die Existenzsicherung, auf das gesellschaftliche Ansehen und die persönliche Lebensqualität. Mädchen und junge Frauen haben bessere Schulabschlüsse als Jungen. Sie ergreifen trotzdem die oft schlechter bezahlten so genannten Frauenberufe. Auf dem angespannten Arbeitsmarkt gehören sie zu den Verliererinnen. Mädchen haben nur dann gleichberechtigte Chancen, wenn die Stationen ihrer Berufsplanungswege die geschlechterunterschiedlichen Zugänge berücksichtigen. Die Fachtagung „Mädchengerechte Berufsorientierung zeitgemäß gestalten“ setzt Impulse und zeigt die vielfältigen Möglichkeiten einer unterstützenden und fördernden Beratung. Mit den Fachvorträgen wird versucht, die aktuellen Ansätze zusammenzuführen. In den Fachforen sollen die vielfältigen Aspekte der beruflichen Orientierung von Mädchen diskutiert und Weiterentwicklungen erarbeitet werden.

9:30 h Anreise

10:00 h Begrüßung: Hessisches Sozialministerium, LAG Mädchenpolitik in Hessen, Landkreis Marburg-Biedenkopf

10:15 h Fachvortrag: Berufswahlentscheidung und Geschlecht, traditionelle Muster und neue Tendenzen, Dr. Gabriele Körner, Darmstadt

11:15 h Pause

11:30 h Fachvortrag: Qualitätsmerkmal Mädchengerechte Berufsberatung, PD Dr. Helga Ostendorf, FU Berlin

12:30 h Mittagspause

13:30 h Fachforen:

1. Frühzeitige und geschlechterdifferenzierte Lebensplanung in der Schule, Christiane Wortberg, Münster
2. Mädchen auf der Suche nach Talenten und Fähigkeiten – Mädchenwerkstätten in Hessen, Cornelia Zwar, Ajapi Kessidou, SKA, Darmstadt
3. Berufsberatung für Mädchen, Christine Schramm-Spehrer, Helga Fuchs, Agentur für Arbeit, Gießen
4. Abenteuer Technik – Berufsorientierung, außerschulische Jugend(bildungs)arbeit, Elke Eichler, Jugendbildungswerk, Wetzlar, Sabine Schäfer, Jugendberufshilfe, Wetzlar
5. Junge Migrantinnen auf dem Arbeitsmarkt, Serpil Celik-Yildiz, Bielefeld
6. Betriebspraktikum als Einstiegschance, Gertrud Frohwerk, HESSEN METALL, Bezirksgruppe Rhein-Main-Taunus e.V.
7. Kompetenzfeststellungsverfahren auf dem Prüfstand, Marion Blumör, VHS Rüsselsheim, Sabine Becker, SPAZ gGmbH, Mainz
8. Girls' Day – Mädchenzukunftstag, Vorstellung & Aktuelles, Wenka Wentzel, Bundeskoordinierungsstelle Girls' Day, Bielefeld

15:30 h Abschlussdiskussion

16:00 h Ende

- Termin:** Donnerstag, 02. November 2006, 10:00 – 16:00 Uhr
- Ort:** Kreisverwaltung Hauptstelle Marburg, Im Lichtenholz 60, 35043 Marburg
- Bus-Shuttle:** Vom Hbf. Marburg zum Kreishaus steht Ihnen am Bahnhofsvorplatz ein Bus-Shuttle zur Verfügung. Bitte teilen Sie bei der Anmeldung mit, ob Sie diesen in Anspruch nehmen möchten.
- Gebühr:** 18,- € inkl. Mittagessen und Getränken.
- Anmeldung:** bis 27. Oktober 2006 schriftlich per E-Mail, Post oder Fax an.
E-Mail: lag.maedchenpolitik-hessen@web.de
Fax: 01212 – 5728 90 412 (LAG-Mädchenpolitik)
Post: Jugendförderung LK Marburg-Biedenkopf, Im Lichtenholz 60, 35043 Marburg
Teilen Sie bitte bei der Anmeldung Ihren Fachforumswunsch

13.-14. November 2006 in Berlin

Abschlussveranstaltung des BMBF-Programms

„Kompetenzen fördern – Berufliche Qualifizierung für Zielgruppen mit besonderem Förderbedarf (BQF-Programm)“

Details unter: www.kompetenzen-foerdern.de

Termin: Montag, 13. November 2006, 14:00 Uhr
bis Dienstag 14. November 2006, 14:00 Uhr

Ort: ESTREL-Hotel, Sonnenallee 225, 12057 Berlin

Gebühr: 45,- €

Anmeldung: bis 13. Oktober 2006

2007

23.-24. November 2007 in Mainz

Die Zukunft der Beratung – zur gesellschaftlichen Bedeutung von Beratung
Tagung

Veranstalterin: DGfB – Deutsche Gesellschaft für Beratung e.V.

Termin: Freitag, 23. November 2007 bis Samstag, 24. November 2007

Ort: Mainz

Impressum

verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Karl-Heinz P. Kohn

Adresse der Redaktion:
iBB@Kohnpage.de

Die Zeitschrift wird kostenlos als PDF-Dokument zur Verfügung gestellt.

Die Anmeldung zum Abonnement kann durch eine E-Mail (auch leer) an folgende Adresse erfolgen:
iBB-Zeitschrift-subscribe@yahoogroups.de

Am 5. Oktober 2006 verzeichnen die *iBB*

1068

Abonnentinnen und Abonnenten,

Die Einsendung von Beiträgen ist willkommen.
Veröffentlichung vorbehalten.

Die *iBB* sind eine ehrenamtliche Dienstleistung für Beraterinnen und Berater.
Honorar kann deshalb nicht gezahlt werden.

Bei Leserbriefen geben Sie bitte an, ob Sie mit einer Veröffentlichung einverstanden sind.

Die dokumentierten Beiträge geben nicht immer die Position der Redaktion wieder. Für die Inhalte tragen die Autorinnen und Autoren und die zitierten Medien die Verantwortung.

Leider kann es aus redaktionsökonomischen Gründen nicht durchgängig gelingen, alle dokumentierten Beiträge an die aktuelle deutsche Rechtschreibung anzupassen. Die *iBB* appellieren an alle Autorinnen und Autoren, im Interesse unserer Kinder die bildungsbürgerlich eingebaute Abendlandskritik abzulegen und die aktuelle Rechtschreibung zu erlernen und anzuwenden.

Die *iBB* im Internet:
www.Kohnpage.de/iBB

Die *iBB* sind eine Reaktion auf die bedrohlich schwindenden Ressourcen, die von der öffentlichen Hand für die Bildungs- und Berufsberatung zur Verfügung gestellt werden. Um etwas mehr gegen diese Bedrohung und für eine weiterhin engagierte Beratung jugendlicher und erwachsener Berufswähler zu tun, empfiehlt die Redaktion die Mitgliedschaft und Mitarbeit im *dvb* –



Deutscher Verband für Bildungs- und Berufsberatung e.V. Dieser Interessenverband wurde vor 50 Jahren gegründet. Vielleicht war er nie so wichtig wie heute.



Über die umfangreiche Arbeit der Kolleginnen und Kollegen im *dvb* kann man sich im Internet informieren unter:

www.dvb-Fachverband.de .